

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postfachliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Kunzelgenpreis
50 Pf. für die 3 gepost.
Beitelle.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 61.

Das Bedaux-System.

Dieses Lohn-System, eine besondere Art der Akkord- und Prämienentlohnung, ist in der größten aller deutschen Gummi-fabriken, der Continental in Hannover, zum größten Teil durchgeführt. Auch in der Excelsior, Hannover, die von der Continental aufgekauft ist, hat man versucht, das Bedaux-System einzuführen. Einige Betriebsabteilungen sind bereits mit dem Bedaux-System beglückt, andere wehren sich dagegen. Auch der schwererbedienende Linoleumtrakt hat in seinen Delmenhorster Werken das Bedaux-System teilweise zur Anwendung gebracht. Gegen den Widerstand fast der gesamten Arbeiterschaft wird nunmehr versucht, das Bedaux-System in allen Linoleumfabriken des Trusts einzuführen.

In der Tages- und Fachpresse ist schon vieles über das Bedaux-System geschrieben worden. Die meisten dieser Veröffentlichungen dürften als Reklame für das Bedaux-System angesprochen werden, auch wenn sie sich ein wissenschaftliches Mäntelchen umgehängt haben. Ein neues Ausbeutungssystem, das im Verlauf von mehreren Jahren nur erst in zwei größeren Gummi-fabriken in Deutschland Fuß fassen konnte, und bei versuchter Einführung in den sieben Fabriken des deutschen Linoleumtrusts auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft gestoßen ist, kann bei seiner absoluten Bedeutungslosigkeit für die deutsche Industrie keinen Anspruch auf Allgemeininteresse erheben. Damit dürfte unsere Ansicht, daß die wissenschaftlichen Abhandlungen über dieses System nur Reklamezwecken der Bedaux-Gesellschaft dienen sollen, bewiesen sein. Die sachlichen Unterlagen für unsere Ansicht können auch darin erblickt werden, daß die Bedaux-Gesellschaft in Newyork eine eigene Bedaux-Gesellschaft für Deutschland in Hannover gegründet hat, die von hier aus sich ein Betätigungsfeld in Deutschland schaffen will. Beachtet wir, daß die Bedaux-Gesellschaft über 100 Ingenieure beschäftigt, so ergibt sich daraus schon die Reklamenotwendigkeit, um diesen Ingenieuren die Existenzmöglichkeit zu schaffen und zu erhalten.

In der „Sozialen Praxis“, Heft 20, vom 16. Mai d. J., beschäftigt sich Dr. Rudolf Schwenger (Berlin) mit dem Bedaux-System, und nennt seine Arbeit „Analyse und Kritik“.

Dr. Schwenger hat den Kern des Bedaux-Systems sehr gut herausgeschält, läßt aber in seinen Schlussfolgerungen erkennen, daß er mit der Arbeiterpsychik nicht vertraut ist, dagegen aber die profitstreibende Tendenz des Unternehmerwillens richtig erkannt hat, und in diesem Sinne seine Schlussfolgerungen aus dem Bedaux-System zieht. Seine Ausführungen deuten darauf hin, daß er entweder eingehende Erfahrungen in der Continental in Hannover gesammelt hat, oder von den Bedaux-Ingenieuren sehr eingehend unterrichtet worden ist.

Anderes und besser haben wir es aus dem Munde eines Bedaux-Ingenieurs auch nicht vernehmen können, daß das Bedaux-System gegenüber den bisherigen Lohnungsmethoden, namentlich gegenüber dem früheren Taylorsystem, als wissenschaftliche Arbeitsanalyse angesprochen werden kann. Nach Bedaux soll die in einem Arbeitsstück enthaltene Arbeitsenergie gemessen werden. Die Berechnungen nach Bedaux legen einen Begriff der Arbeit zugrunde, der von vornherein den Zuschnitt auf Meßbarkeit hat. Die Arbeit wird so aufgefaßt, daß sie sich aus den beiden meßbaren Größen „Geschwindigkeit und Energieverbrauch“ zusammensetzt. Die Maßeinheit nach Bedaux ist das „B“. Ein „B“ ist nach Bedaux ein bestimmter Teil einer Arbeitsminute, vermehrt um einen bestimmten Teil einer Erholungsminute. Die Leistung 60 solcher Arbeitseinheiten in der Stunde soll die „normale“ Leistung darstellen, die ein Arbeiter bei mittlerer physischer Anstrengung zu erzielen imstande ist.

Die Bedaux-Gesellschaft betrachtet ihr System als den Ausfluß tiefster Wahrheit — als der Weisheit letzter Schluß! Ein Irrtum in der Festlegung des B-Punktes soll nach Angabe der Bedaux-Ingenieure ausgeschlossen sein. Dieser Wahrheit vermögen wir nicht zu folgen. Auch der Arbeiterdichter Barthel, der Gelegenheit hatte, das Bedaux-System in der Continental zu überprüfen, hat das harte, aber treffende Urteil über das Bedaux-System gesprochen, daß es ein raffiniert ausgeklügeltes Akkordsystem sei. Wir erkennen darin auch nichts anderes. Wer gibt irgendeinem sogenannten Bedaux-Ingenieur die Möglichkeit, einen festen Begriff der normalen Leistung eines Arbeiters bei mittlerer physischer Anstrengung herauszuarbeiten. Der Begriff „mittlere physische Anstrengung“ läßt sich nicht analysieren. Beim Bedaux-Ingenieur stellt das Wort „normale Leistung“ für einen fehlenden Begriff zur rechten Zeit ein. Wir haben den Unternehmern gegenüber klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Festlegung des sogenannten B-Punktes kein wissenschaftliches Ergebnis, sondern ein Willkürakt ist. Der von den Bedaux-Ingenieuren festgesetzte Normalpunkt konnte in uns bekanntgewordenen Fällen nach langer Beratung mit dem Betriebsrat erheblich tiefer gelegt werden. Eine sonderbare Wissenschaft, die vom Betriebsrat korrigiert werden muß. Unser Verband sowohl wie auch die mit dem System beglückten Arbeiter würden sich wahrscheinlich mit dem Bedaux-System abfinden, wenn nachgewiesen würde, daß der B-Punkt eine

feststehende Größe ist. Dr. Schwenger ist zu derselben Überzeugung wie wir gekommen, denn er schreibt, daß die Bewertungen der Arbeitsleistung durch die Bedaux-Ingenieure subjektiver Art sind. An anderer Stelle heißt es, daß die Bedaux-Werte keine absoluten Größen darstellen, vielmehr auf Wertung basierende Annäherungswerte sind. Auf wissenschaftlich theoretische „Dignität“ (soll heißen: Einheitlichkeit) erhebt das Bedaux-Verfahren keinen Anspruch; demnach ist ein „B“ nicht eine absolute Größe. Damit steht und fällt die Wissenschaftlichkeit des Bedaux-Systems.

Es wird dann Bezug genommen auf die Erfahrungen in der Continental, dem einzigen Großbetrieb in Deutschland, in dem es bisher möglich war, das Bedaux-System in nennenswertem Umfange durchzuführen. Es wird gesagt, daß durchschnittlich etwa 75 B-Punkte erreicht werden, ein Beweis, daß die Normalleistung erfahrungsgemäß nicht zu hoch angelegt ist. Leistungen von 100 und 120 B-Punkten sind keine Seltenheit. Es ist kein Zufall, daß Arbeiterinnen an den außerordentlichen B-Leistungen stark beteiligt sind. Die letzte Tatsache bestätigt oder andere Lobredner des Bedaux-Systems die uns bekannte Arbeit der Autorenleiden-Herstellung einmal mindestens ein halbes Jahr lang nach Bedaux vornehmen würden. Was auf diesem Gebiete heute ausgewählt,

Gegensätze.

Während man schon lange wußte und erklärte, daß die Armen kein Anrecht auf das Eigentum der Reichen haben, wünschte ich, daß man ebenfalls wisse und erkläre, daß die Reichen kein Anrecht auf das Eigentum der Armen haben. Ruskin.

eingearbeitete, robuste Frauen und Mädchen fertig bringen, dürfte den Herren wahrscheinlich schlecht bekommen. Wenn die Arbeitskraft solcher Arbeiterinnen verbraucht ist, und wie sie sich später als menschliche Ruinen mit dem Leben abfinden werden, kümmert weder den Unternehmer, noch den Bedaux-Ingenieur.

In dem Artikel wird auch darauf hingewiesen, daß der Bedaux-Ingenieur eine von der Betriebsleitung unabhängige Person im Betriebe ist, der mit der Rationalisierung des Betriebes und Wiederholung der Arbeit nichts zu tun hat, sich auch um betriebspolitische Einzelheiten und Löhne nicht zu kümmern braucht. — Der Bedaux-Ingenieur würde dem noch hinzufügen, daß er sich um diese Dinge auch wirklich nicht bemüht. — Sonderbarerweise haben wir aber festgestellt, daß an Arbeitsstellen in der Linoleumindustrie, wo seit Jahren in Akkordarbeit nach scharfer Anspannung der Akkordlöhne gearbeitet wurde, die ersten Maßnahmen des Bedaux-Ingenieurs waren, Akkordgruppen von 12 Arbeitern sofort auf 9 zu reduzieren, und aus alten Akkordgruppen von 16 Personen 5 bis 6 zu entfernen, und dann für die stark verringerte Arbeiterzahl einen B-Punkt herausrechnete, der weit über der bisherigen Spitzenleistung der Gesamtgruppe liegt. Die Arbeiter betrachten in diesen Fällen den Bedaux-Ingenieur mit Recht als den Verschlechterer ihres Arbeitsverhältnisses, der unter solchen Umständen zur Quälerei für sie wird.

Die Unabhängigkeit des Bedaux-Ingenieurs gegenüber der Betriebsleitung besteht darin, daß er sein Gehalt nicht direkt von der Firma, sondern über seine Gesellschaft bezieht. Dabei behält die Betriebsleitung die Möglichkeit, die übertriebene Ausbeutung der Arbeiter auf die wissenschaftliche Feststellung des Bedaux-Ingenieurs zurückzuführen, und der letztere behauptet wieder, daß er keinen Einfluß auf die Löhne der Arbeiter ausübt und auch nicht ausüben will. Das ist ein feiges Versteckspiel zweier Ausbeutungsinteressenten, um sich vor der Verantwortlichkeit gegenüber den Arbeitern zu drücken.

In dem Artikel wird aber auch hervorgehoben, daß eine Leistung von 30 bis 40 B-Punkten unter Umständen mit großer Anstrengung und Anspannung verbunden sein kann, wenn die spezifische Arbeitswendigkeit fehlt. Was ist dies wieder für ein Begriff? Warum wird nicht ausgesprochen, daß in diesen Fällen der willkürlich festgesetzte B-Punkt so hoch ist, daß die Arbeiter dieser übermäßigen Ausbeutung nicht gewachsen sind? Was soll doch die Redewendung auch besagen, denn es folgt der Satz: Hier muß eine zweckmäßige Fähigkeits-schulung und Auslesepolitik eingreifen und ausgleichend wirken. Treffender kann die übermäßige Ausbeutung durch das Bedaux-System nicht gekennzeichnet werden. Die Auslesepolitik ist ja das Lieblingskind aller Rationalisten und Bedaux-Ingenieure. Es wird solange ausgelesen, bis man die kräftigsten und fähigsten aller Arbeiter herausgefunden hat, um sie in wenigen Jahren dem Profiteur der Unternehmung zu opfern. Die von der Arbeit „Ausgelesenen“ mögen am Rinnstein verenden.

Nach Schwenger ist bei gewissen Arbeiten eine Leistung von 60 B's nicht möglich. Das trifft auf Maschinenarbeit zu,

wo die Maschine das Tempo der Arbeit vorschreibt. Weshalb die Ansicht, daß das Maschinentempo den Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit zum Mitgehen zwingt, und dadurch seine Arbeitskraft übermäßig in Anspruch nimmt. Bedaux jedoch behauptet, daß das Maschinentempo die volle Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft verhindert. Diese Ansicht befreit unsere Erfahrungen, daß sich Maschinenarbeit im allgemeinen für das Bedaux-System nicht eignet. Sie läßt eine rücksichtslose Ausbeutung des Arbeiters nicht zu, wie sie bei der Handarbeit durch fortgesetzte Beobachtung und Anstreibung durch den Bedaux-Unterschied, der zur ständigen Einrichtung der Betriebe werden soll, durchgesetzt wird. Kommt der Bedauxmann in Fortfall, kann die Leistung nicht aufrecht erhalten werden. Damit ist aber auch die wirtschaftliche Grundlage der Bedaux-Gesellschaft erledigt. Das Ideal der Bedaux-Gesellschaft ist aber die Untergrabung des Vertrauens der Arbeiter zu ihrer Organisation. Mit diesem Argument versucht sie sich bei den Unternehmern Eingang zu verschaffen. In dem angezogenen Artikel in der „Sozialen Praxis“ wird in dieser Beziehung gesagt, daß der Betriebsrat, vor allem der freigewerkschaftliche Arbeiterrat, nicht unbedingt mit der gegenwärtigen Stellung der Gewerkschaften zum Bedaux-System konform geht, und daß es den Gewerkschaften nicht erspart bleiben wird, sich mit dem Bedaux-System auseinanderzusetzen. Nun, letzteres soll ja mit diesem Aufsatz getan sein.

Wir wollen resumieren: Das Bedaux-System ist vorwiegend für Handarbeit anwendbar. Es setzt eine Normalleistung willkürlich fest und bezeichnet das als Wissenschaft. Durch die sogenannte Normalleistung werden die Arbeiter unter steter Aufsicht der Bedaux-Ingenieure in einem nie dagewesenen Maße angestrengt und zu Höchstleistungen veranlaßt, die auf längere Zeit nicht ertragen werden können. Dabei erzielen bestimmte Arbeitergruppen durch Überschreitung der 60 B-Punkte höhere Verdienste, während andere bei größter Anstrengung die festgesetzten 60 B-Punkte nicht erreichen können, und trotz höherer Leistungen als bisher über ihren Tariflohn oder die festgesetzte Lohnbasis für Bedaux nicht hinauskommen können.

Dadurch wird die Grundlage der von Bedaux gemollten Zwiestracht in Arbeiterkreisen geschaffen, die dann in Mißtrauen gegen den Betriebsrat, und letzten Endes gegen die Gewerkschaften umschlagen soll. Das ist des Dabels Kern, den Dr. Schwenger gut festgehalten hat. G. Haupt.

Gegen die Arbeitslosenversicherung.

Nehmt die Tageszeitungen zur Hand und stellt fest, wie viele Menschen in jeder Woche durch Selbstmorde aus der Welt scheiden aus wirtschaftlicher Not. Ihre Zahl ist groß. Diese Erscheinung ist eine Folge des bestehenden Wirtschaftssystems. Rationalisierung (wie es fälschlich heißt), Arbeitslosigkeit, Verkrüppelung, Preisbindungen, lauter Ursachen für Massenelend. Von Jahr zu Jahr steigt die Durchschnittsdividende und in demselben Maße verstärkt sich der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik, insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung. Der scharfe Kampf der Unternehmer gegen diesen Versicherungszweig ist ein Stück des Klassenkampfes. Allerdings sagen die Unternehmer, sie wollen nur die Mißstände beseitigen, die sich insbesondere im letzten Winter bei der Arbeitslosenunterstützung gezeigt haben. Dagegen ist nichts einzuwenden. Das fordern sogar die Erwerbslosenunterstützungsempfänger selbst. Verdächtig ist der Eifer, mit dem die Unternehmer auf Beseitigung von Mißständen drängen. Sie sind nicht immer so hellichtig, wenn es gilt, Mißstände zu sehen oder gar zu beseitigen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß etwas anderes beseitigt werden soll, nämlich die Arbeitslosenversicherung selbst. Die Entrüstung über die Mißstände steht in enger Verbindung mit dem seit langer Zeit geführten Kampf gegen die Sozialpolitik überhaupt. Die Beseitigung der Mißstände soll die Einleitung bilden zum Angriff auf das Hauptobjekt.

Die bürgerliche Presse, deren Aufgabe es bei solchen Gelegenheiten ist, das „Gelände aufzuklären“, d. h. die Position des Gegners, insbesondere seine Schwächen festzustellen, ihn zu beunruhigen, zu schwächen, evtl. ihn in Verwirrung zu bringen, hat mit mehr Eifer als Geschick Material über die vorhandenen Mißstände zusammengetragen. Und was für ein Material. Da heißt es zum Beispiel: Kleine Bauunternehmer auf dem Lande meldeben heute vielfach ihr Gewerbe ab und auf den Namen ihrer Frau an, bei der sie als Arbeitnehmerin sich beschäftigen liehen, während sie in Wirklichkeit nach wie vor Leiter des Geschäftes seien. Diese Bauunternehmer bezögen dann gelegentlich Erwerbslosenunterstützung. Die reißlose Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung habe zu eigenartigen Blüten geführt. So hne und Töchter der wohlhabenden Kreise einer Stadt bezögen Arbeitslosenunterstützung. Die kleinen Bauern wendeten alle Mittel an, um ihre Söhne in den Genuß der Unterstützung zu bringen. Die Bauernsöhne waren

sterten sich bei den Nachbarn ein, um darzutun, daß sie nicht mehr in der Wirtschaft ihres Vaters wohnen, usw.

Ei, ei, das ist ja allerliebste, was man da erfährt. Was sind denn das für honette Leute, die sich nach Lockspiegelart betätigen haben, um die Erwerbslosenunterstützung zu diskreditieren und sich nebenbei einen Profit holten?

Außerdem: das schlechteste Beispiel gibt die sogenannte bürgerliche Gesellschaft jeden Tag. Sie kann nicht Moral predigen. Hat nicht die bürgerliche Gesellschaft Gesetze geschaffen - die heute noch gelten - mit deren Hilfe man seinen Nebenmenschen ausplündern kann?

Was will nun die Unternehmervereinigung: Grundsätzlich ans der Versicherung sollen ausscheiden:

1. Arbeitnehmer während der berufstätlichen Arbeitslosigkeit. Die Frist und die Versicherungsart sollen durch die Reichsregierung bestimmt werden. Gedacht ist an vier Monate im Jahr. Daburch sollen 300 Millionen Mark im Jahr gespart werden.

2. Sollen die Heimarbeiter grundsätzlich ausgeschlossen. Das Arbeitsverhältnis sei zu schwer kontrollierbar. Wenn die Arbeitgeber nur wollen, gibt es schon genügend Möglichkeiten, den Heimbetrieb zu überwachen.

3. Sollen grundsätzlich alle Eigentümer und Pächter von Grundbesitz ausgeschlossen werden, die von diesem Grundbesitz ihren Unterhalt beziehen, auch wenn sie daneben als Lohnarbeiter tätig sind.

Aber die Vereinigung geht weiter. Für alle Versicherten soll wieder die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, ein Rechtsanspruch auf Unterstützung soll nicht mehr bestehen. Bei allen Versicherten sollen sowohl Einnahmen aus Besitz, Renten usw. angerechnet werden.

Der Arbeitslose soll gezwungen werden, Arbeit anzunehmen. Daher soll der Arbeitslose, der Arbeit ohne berechtigten Grund ablehnt, nicht wie bisher mit vier Wochen Unterstützungsentzug bestraft werden, sondern er soll so lange keine Unterstützung erhalten, bis er in neuer Arbeit wieder einen neuen Unterstützungsanspruch erworben hat.

Die Höhe der Unterstützung soll sich aus dem Arbeitsentgelt der letzten sechs (nicht drei) Monate errechnen. Arbeitslose, die in einem anderen Ort wohnen als der, wo ihre Familienkasse erwartet, erhalten ihre Unterstützung nur in Prozentanteilen des an ihrem Wohnort maßgebenden Tarif- oder tatsächlichen Lohnes.

Kostendarstellungen sollen von der Versicherung getrennt werden. Ob die Unternehmervereinigung grundsätzlich Kostendarstellungen befreit oder nur das Finanzierungsproblem ändern will, sagt sie nicht klar. Klarheit will sie das erfahren.

Was nun? Die Reichsregierung ist durch eine Verbesserung von Versicherungs- und Arbeitslosenunterstützung nicht durch übertriebene Lockerung der Versicherung, in eine kritische Lage gekommen. Bereits befindet sich 30 bis 320 Millionen Mark Darlehen, befreit der auch nur ein halbes Prozent keine Hoffnung, erhebliche Rücklagen in den Überprüfungsstellen für den nächsten Winter zu machen.

kleineres Prozent würde jährlich 270 bis 275 Millionen Reichsmark bringen. Gewiß ist eine solche Erhöhung auch dem Arbeiter nicht leicht, aber sie ist unumgänglich. Daneben sind die Gewerkschaften bereit, den von der sozialdemokratischen Fraktion gezielten Weg zu geben, nämlich gründlich und ehrlich an einer solchen Untersuchung mitzuwirken und etwa sich tatsächlich zeigende schädliche Wirkungen zu beseitigen.

Ebenso entschließen wenden sich die Gewerkschaften aber gegen jeden Versuch, möge er herkommen woher immer, die Arbeitslosenversicherung in ihren Weisenzügen zu verschlechtern. Sie vertreten ein Prinzip, für das sie jahrzehntlang kämpfen und um das sie mit Erbitterung weiter kämpfen werden.

Das Verbandsjahr 1928.

II. Das Finanzwesen.

Die Betrachtung des Finanzwesens einer Arbeitnehmerorganisation kann über die Stärke und über die gesunden Grundlagen der Organisation ebenso wertvolle Aufschlüsse geben, wie die Darstellung der Mitgliederbewegung. Noch sind die freien Arbeitnehmerverbände Kampforganisationen, die ihren Zielen nur dann erfolgreich nachstreben können, wenn sie nicht nur stark an Mitgliedern, sondern auch an finanziellen Mitteln sind.

Wie werde ich reich.

Die Kunst, reich zu werden, ist im Grunde nichts anderes als die Kunst, sich des Eigentums anderer Leute mit ihrem guten Willen zu bemächtigen.

Wieland.

und an finanziellen Mitteln sein müssen, um im Wirtschaftsleben, das oft ein Wirtschaftskampf ist, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Sehen wir uns daraufhin das Finanzwesen unseres Verbandes an, so können wir die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die finanziellen Kräfte unseres Verbandes mit der Steigerung der Mitgliederzahlen gleichen Schritt gehalten haben.

Table with 2 columns: 1927 and 1928. Rows: Kassenbestand vom Vorjahre, Einnahmen aus Beiträgen, Sonstige Einnahmen, Total.

Wir hatten im Jahre 1928 eine Mitgliederzunahme von über 54 000. Die Mehreinnahme an Beiträgen machen fast 4 Millionen RM aus. Das ist ein zufriedenstellendes Ergebnis, wenn man bedenkt, wieviel Mitglieder im verflohenen Jahre arbeitslos oder arbeitsunfähig gewesen sind.

Wir haben im ersten Artikel gezeigt, daß die Mitgliederzunahme 1928 erheblich größer war, als im wirtschaftlich günstigeren Jahre 1927. Da kommt also die im allgemeinen schlechtere Konjunktur des Jahres 1928, die besonders im zweiten Halbjahr in der Erscheinung trat, nicht so sehr zum Ausdruck.

Es wurden ausgegeben:

Table with 2 columns: 1927 and 1928. Rows: für Unterstützungen, An Reisende, An Arbeitslose, An Kranke, Rechtschutz, Zugangsgeld, Anlagenerstützung, Sterbegeld, Gemahregelkassenunterstützung, Streikunterstützung, Total.

Die Tabelle zeigt, daß im Jahre 1928 über 2 Millionen RM mehr für Unterstützungen aller Art ausgegeben wurden als im Jahre 1927. Gewiß steigen bei größerer Mitgliederzahl auch die Ansprüche an die Unterstützungsstellen des Verbandes. Aber wir hatten im Jahre 1927 auch eine Mitgliederzunahme von über 47 000, und doch war die für Unterstützungen ausgegebene Summe im Jahre 1927 geringer als 1928.

Die Streikunterstützungen erforderten etwa 870 000 RM mehr als im Jahre 1927. Das ist angesichts der günstigen Ergebnisse der Lohnbewegungen im Jahre 1928 keine übermäßige Steigerung. Von 1926 zu 1927 flegten die Ausgaben für Streikunterstützungen um rund 800 000 RM.

Im allgemeinen zeigt die Tabelle, daß mehr als der dritte Teil der von den Mitgliedern aufgetragenen Beträge in der Form irgendeiner Unterstützung direkt an die Mitglieder wieder zurückgeflossen ist.

Die folgende Aufstellung ermöglicht einen Überblick über die Verteilung der Gesamtausgaben im Vergleich zum Jahre 1927:

Table with 3 columns: 1927, 1928, and a third column. Rows: Für Unterstützungen aller Art, Als Anteil der Zahlstellen, An die Gausleistungen, Druck- und Verlagskosten des "Proletaris", Für das Schulwesen, Für Gehälter und Versicherungsbeiträge, Entschädigungen für Sitzungen, Revisionen, Konferenzen und Tarifverhandlungen, Drucksachen und Buchbindarbeiten, Bureauante, -möbel, -materialien, Licht, Heizung, Schreib- und Rechenmaschinen, Verlags- und Packmaterial, Für Zeitschriften, Bücher und Honorare, Für Verwaltung, Zuschuß, Rückzahlung, Darlehen an die verschied. Zahlstellen, Für Porto, Telephon und sonstige Gebühren, Für Kraftwagen und Kraftwagenbedarf, Beiträge an den Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund und internationale Verpflichtungen, Keramischer Bund (einschl. Zeitung), Sonstige Ausgaben, An den Vermögensbestand, Kassenbestand 4. Quartal.

Die Anteile der Zahlstellen sind entsprechend der gesteigerten Beitragsleistung um mehr als 1 1/2 Millionen RM gestiegen. Druck- und Verlagskosten des "Proletariats" beanspruchten 1928 rund 70 000 RM mehr, in denen größere Auflage, erhöhte Materialkosten zum Ausdruck kommen.

Erheblich höhere Mittel mußten für Verwaltung, für Zuschuß, Rückzahlung und Darlehen an die verschiedenen Zahlstellen aufgewandt werden. Viele Zahlstellen haben für ihre Verwaltungsräume eigene Häuser erwerben müssen, dafür gab die Hauptkasse in manchen Fällen Darlehen und Zuschüsse.

Die sonstigen Ausgaben sind im Jahre 1928 bedeutend höher gewesen als im Jahre vorher. Das kommt daher, weil in den 80 814,82 RM für 1928 auch die Kosten für den Verbandstag und die Delegationskosten für den Gewerkschaftskongress mit einbezogen sind, die 76 844,07 RM ausmachten.

Ob das Jahr 1929 mehr wirtschaftlichen Sonnenschein bringen wird, als das verflohenen Jahr, wissen wir noch nicht.

Es ist aber wissen wir, daß unsere Organisation so festgelegt und so gesund in ihrem Aufbau ist, daß politische und wirtschaftliche Stürme sie wohl erschüttern, aber nicht ihren Aufstieg auf die Dauer zu hemmen vermögen. Die steigenden Mitgliederzahlen, die gesunden Finanzen unseres Verbandes geben uns die Sicherheit, daß es weiter vorwärts und aufwärts mit unserem Verbands gehen wird. Der Einfluß der Elemente, die berufsmäßig Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft bringen, und wohl Siegesparolen ausgeben, sie aber nicht in die Wirklichkeit umzusetzen vermögen, wird von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag geringer in unserer Organisation. In gleichem Maße wächst unsere Schlagkraft, wächst unsere Bedeutung in Staat und Wirtschaft. Wir werden in unserer Arbeit nicht erlahmen, bis wir unser Ziel erreicht haben, der Arbeiterschaft den führenden Platz zu erobern, der ihr infolge ihres Wertes und ihrer Bedeutung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gebührt. Das Jahr 1928 hat uns diesem Ziele um ein gutes Stück näher gebracht. Bleiben Wille und Eifer der Mitglieder und Funktionäre so stark wie im verflossenen Jahre, dann ist der weitere Aufstieg des Verbandes der Arbeiter Deutschlands gesichert. Die Sache der Arbeiterschaft ist in ihm guten Händen anvertraut.

Der problematische Wert des amtlichen Lebenshaltungsindex.

In der Öffentlichkeit spielt immer wieder die Frage eine Rolle, ob der Lebensstandard der breiten Massen sich dem Vorkriegsstande angepaßt habe oder nicht. Von den Unternehmern und ihren Organen wird die Behauptung aufgestellt, daß der Lebensstandard der Vorkriegszeit nicht nur erreicht ist, sondern darüber hinausgeht. Von den Gewerkschaftsvertretern wird das Gegenteil zu beweisen versucht. Das Statistische Reichsamt hat bekanntlich Meßziffern aufgestellt, die dem tatsächlichen Stand der Lebenshaltung, der Preisgestaltung u. a. ausdrücken sollen. Der amtliche Lebenshaltungsindex ist von sehr problematischem Wert; schon allein darum, weil wichtige Teile der notwendigen Ausgaben nicht berücksichtigt wurden. Das Statistische Reichsamt hat in den Jahren 1925 und 1928 eingehende Untersuchungen von 300 Familien, die dem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenstande angehören, durchgeführt. Diese sind außerordentlich aufschlußreich. Der Untersuchung zugrunde lagen die Haushaltungen von 148 Arbeitern, 102 Lehrern, 8 Beamten, 24 kaufmännischen Angestellten und 22 sonstigen Angestellten. Der Jahresdurchschnitt der Einnahmen sämtlicher Haushaltungen stellte sich auf 4283 Mark. Das Durchschnittseinkommen bei den Arbeitern war um 24,12 v. H. bei den Beamten um 6,57 v. H., bei den kaufmännischen Angestellten um 4,65 v. H. und bei sonstigen Angestellten um 7,44 v. H. niedriger als die Jahreseinnahmen im Durchschnitt. Das Einkommen der Lehrer lag um 39,04 v. H. über dem Durchschnitt. Die sorgfältigen Untersuchungen des Statistischen Reichsamts in Hamburg bestätigen die Behauptung, daß mit höherem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben fällt. Dies geht aus nachstehender Zusammenstellung deutlich hervor:

Es wurden ausgegeben im Durchschnitt einer Haushaltung:

von Haushaltungen der	für Lebensmittel		für sonstige Lebensbedürfnisse		zusammen	
	Mark	v. H.	Mark	v. H.	Mark	v. H.
Arbeiter	1 409,29	44,91	1 728,64	55,09	3 137,93	100
Lehrer	1 707,57	29,46	4 088,56	70,54	5 796,13	100
Beamten	1 349,20	36,34	2 542,22	64,66	3 891,42	100
Kaufm. Angest.	1 400,85	34,31	2 682,08	65,69	4 082,93	100
sonstige Angest.	1 455,65	37,96	2 378,59	62,04	3 834,24	100
Im Durchschnitt	1 618,03	36,16	2 671,21	63,84	4 289,24	100

Die Ernährungsweise der untersuchten Haushaltungen war gemäß dem Einkommen sehr verschieden. Bei den Arbeitern waren die Ausgaben für billige Nahrungsmittel, wie Getreide, Fische, Fleisch, Wurst usw. absolut wie anteilmäßig höher als bei den anderen Berufen. Bei den Ausgaben für Butter und der besseren Nahrungsmittel war das Gegenteil der Fall. So gab ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1926 für Getreide ohne Butter 103,02 Mk. aus, dagegen die Lehrer 61,49 Mk. Bei Butter war das Verhältnis gerade umgekehrt. Ein Arbeiterhaushalt gab 79,95 Mk. für Butter und der Lehrershaushalt 184,27 Mk. für das gleiche Nahrungsmittel aus. Die Arbeiter verbrauchten mehr Fleisch- und Wurstwaren als die Lehrer, die Ausgaben hierfür waren aber geringer. Der Gegensatz zwischen Gewicht und Ausgaben bei den Lehrern einerseits und den Arbeitern andererseits ist darauf zurückzuführen, daß die letzteren zum größten Teil Gefrierfleisch aßen, während in den Haushaltungen der Lehrer, der Beamten und der kaufmännischen Angestellten zur Hauptsache frisches Fleisch verwendet wurde. Auch der Fleischverbrauch war bei den Arbeitern am höchsten, dagegen die Ausgaben bei ihnen am niedrigsten. So geht es noch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genussmitteln. Interessant ist eine Gegenüberstellung über die Ausgaben und den Verbrauch im Jahre 1926 gegenüber 1907. Folgende Unterschiede zeigen sich zwischen Ausgaben und Verbrauch:

	Milch	Butter	Eier	Fleisch
im Jahre 1926				
gegen 1907	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
Ausgaben mehr	19,90	4,24	92,78	26,64
Verbrauch weniger	19,85	36,34	25,23	6,47

Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln waren die Unterschiede für:

	Brot	Gemüse	Obst	Zucker	Kaffee usw.
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
Ausgaben mehr	16,16	107,53	115,58	64,57	57,64
Verbrauch weniger	1,09	9,21	3,13	1,32	16,40

Diese Zusammenstellungen zeigen, daß die Ausgaben sich bei allen Produkten teilweise nicht unbeträchtlich vermehrt haben. Gegenüber ist der Verbrauch mehr oder weniger zurückgegangen. Die Einbuße an Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate und Kalorien durch den Minderverbrauch an vollwertigen Nahrungsmitteln mußte bei den Arbeitern und Angestellten ausgeglichen werden durch den Mehrverbrauch an Getreide, Fischen und Kartoffeln. Es bedarf keiner längeren Erläuterung, daß sich hierin eine ganz gewaltige Verschlechterung der Lebenslage zeigt.

Sehr aufschlußreich ist eine Zusammenstellung über die Steigerung der Ausgaben für physiologisch notwendige Lebensbedürfnisse, Pflichtausgaben und für sonstige Lebensbedürfnisse. Die prozentuale Steigerung der Ausgaben 1926 gegen 1907 betrug für die

	physiologisch notwendigen Lebensbedürfnisse	Pflichtausgaben	sonstigen Lebensbedürfnisse
bei den Arbeitern	31,86	315,30	94,43
" " Angestellten	29,17	242,25	59,72
" " Lehrern	25,50	148,38	70,19

Diese Tabelle spricht für sich selbst. Unter Pflichtausgaben sind zu verstehen: Steuern und soziale Abgaben. An Steuern mußte der Arbeiter 1926 gegen 1907 643,94 v. H. mehr aufwenden. Die Steigerung der sozialen Abgaben betrug 241,27 v. H. Beide zusammen stiegen um 315,30 v. H. Für sonstige Lebensbedürfnisse mußte der Arbeiter 94,43 vom Hundert mehr ausgeben als 1907. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einige Worte zu dem Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts zu sagen. Dieser

geht bekanntlich einseitig von den Verbraucherverhältnissen einer minderbemittelten Arbeiterfamilie aus. Das Statistische Reichsamt läßt bekanntlich Steuern und soziale Abgaben außer Betracht. Die Hamburger Untersuchung stellt hierfür die Summe von 301,80 Mark als durchschnittliche Ausgabe bei den Arbeitern im Jahre fest. Für sonstige Lebensbedürfnisse hat das Statistische Reichsamt Hamburg 535 Mk. errechnet. Das sind rund 17 v. H. der Gesamtausgaben. Rechnet man die Ausgaben für sonstige Lebensbedürfnisse und Pflichtausgaben zusammen, so ergeben sich hier 27 v. H. der Gesamtausgaben, die eigentlich unter der Rubrik „Sonstiger Bedarf“ in dem Lebenskostenindex des Statistischen Reichsamts verzeichnet sein müßten. Das ist das Dreifache dessen, welches in Wirklichkeit eingestuft wird. Eine lehrreiche Illustration, wie unbrauchbar die amtliche Berechnung der Lebenshaltungskosten ist.

Will man die soziale Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung untersuchen, dann kann man nicht von einer willkürlich aufgestellten Meßziffer ausgehen. Das tägliche Leben läßt sich damit nicht vereinbaren. Die arbeitende Klasse ist immer mehr gezwungen, einen weit größeren Teil des Einkommens für Pflichtausgaben (Steuern, soziale Abgaben, Miete, Heizung usw.) anzulegen. Je geringer das Einkommen, je höher der prozentuale Anteil für die Pflichtausgaben. Die am geringsten entlohnten Lohn- und Gehaltsempfänger werden durch die enorme Steigerung der Pflichtausgaben am höchsten betroffen. Für Kulturausgaben bleibt wenig Raum. Deshalb befinden sich die Gewerkschaften durchaus im Recht, wenn sie mit allen Mitteln versuchen, die Einkommensverhältnisse für die niedrig entlohnten Hand- und Kopfarbeiter zu verbessern.

Kapitalismus und Wissenschaft.

Die Wissenschaft hat ein gewisses Anlehnungsbedürfnis. Sie hatte es früher an die Kirche und jetzt an die Industrie. Wissenschaftliche Stiftungen geben der Industrie einen gefährlich großen Einfluß, und der schmähliche Handel mit Ehrendoktorwürden, insbesondere bei Jubiläen, hat sich bereits zu einem Skandal ausgewachsen.

Abg. Dr. Kölling
im Preuß. Landtag am 18. April 1929

Die Berufsethik der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die kürzlich abgehaltene Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses beschäftigte sich u. a. mit der Berufsethik der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für die Arbeitgeber sprach Fabrikbesitzer Müller (Orlinghausen), und für die Arbeitnehmer Kollege Friß Tarnow. Der erstere entwickelte eine Art liberale Wirtschaftstheorie, die darin ausging, daß in der Produktion nicht der Kollektivismus, sondern der Persönlichkeitsgedanke die Oberhand behalten müsse. Nicht in der Wirtschaftsdemokratie und ähnlichem, sondern in dem gesteigerten Verantwortungsbewußtsein des Arbeitgebers könne die Zukunft der Wirtschaft liegen. In klarer Weise entwickelte Tarnow auf der anderen Seite, wie sich der Berufsethos der Arbeiter gewandelt habe. Nach der „Frankf. Ztg.“ führte letzterer u. a. aus: „Der Kapitalismus hat die Berufsgemeinschaft zerschlagen und in Übersteigerung des Individualprinzips keine neuen sozialen Gemeinschaften geschaffen. Aus den sozialen menschlichen Beziehungen wurde ein ökonomisch-fachliches Verhältnis zwischen Käufern und Verkäufern von Arbeitskraft. So gab es für die soziale Berufsethik der Arbeiter keine Entfaltung. Die Klassenolidarität wurde zur sittlichen Bindung. Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bringt an Stelle der unvermeidbaren seelischen Verluste eine Vermehrung von Arbeitsfremde. Allerdings sind die Verluste deutlich sichtbar, während die gleichen Werke sich erst herausformen. Die Wirtschaft kann keinen anderen Sinn haben, als Mittel zu sein für die soziale Gestaltung menschlichen Lebens. Das Problem des Berufsethos für die Arbeiter ist nicht anders zu lösen, als daß die Wirtschaft wieder ihren natürlichen Sinn bekommt, daß sie selbst aufhört, Selbstzweck zu sein und in ein solches Verhältnis zum gesellschaftlichen Leben gebracht wird, daß nicht mehr die Menschen um der Wirtschaft willen, sondern die Wirtschaft um der Menschen willen betrieben wird.“

Frauenfragen.

Die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats unseres Verbandes im Jahre 1928.

Die Werbetätigkeit unter den arbeitenden Frauen und Mädchen in unserem Organisationsbereich hat im Jahre 1928 wesentliche Fortschritte gezeitigt. Das zeigt schon die Zunahme der Zahl unserer weiblichen Mitglieder um mehr als 10 000 im Laufe des Jahres. Weit über 100 000 Arbeiterinnen aus den uns zusehenden Betrieben stehen aber noch abseits, und es gilt, diese große Kraftquelle dem wirtschaftlichen und proletarischen Emanzipationsstreben zu erschließen, also dem Gewerkschaftskampf nutzbar zu machen.

Das Arbeiterinnensekretariat des Verbandes hat es an der nötigen Unterstützung in der Frauenagitation nicht fehlen lassen. 102 Versammlungen, größtenteils Frauenerfassungen, haben stattgefunden, in denen die besonderen Arbeiterinnenfragen erörtert wurden. Es fanden außerdem drei Gan-Frauenkonferenzen und eine Frauenkonferenz für das Zahlstellengebiet Hirschberg statt. Für die Funktionäre und Funktionärinnen des Verbandes wurden Richtlinien zur Belebung der Frauenagitation herausgegeben, ebenso für die Kunstleider- und Konferenzarbeiterinnen besondere Flugblätter, die große Verbreitung fanden. Zur Förderung der weiteren Werbetätigkeit diente die entsprechende Auswertung wichtiger aktueller Arbeiterinnenfragen im „Proletarier“ und im „Keramischen Bund“.

Das Streben der Kolleginnen nach Bildung und Wissen kam in den Versammlungen und Konferenzen erfreulicherweise oft zum Ausdruck. So wurde auf der Konferenz im Gau Ludwigshafen beschlossen, in allen Zahlstellen des

Gaues Arbeiterinnen-Agitationskommissionen zu bilden, aus der eine aktionsfähige Gau-Arbeiterinnen-Agitationskommission zusammengesetzt werden soll. Ebenfalls stellten die Kolleginnen dort einen Antrag, wonach die Zahlstellen Frauenbildungskurse für ihre tätigen Kolleginnen arrangieren sollen mit Themen wie: Arbeitersinnenschutz, Gewerbehygiene und sonstigen wichtigen Arbeiterinnenfragen. Gewiß bedeutet die Bildung von Kommissionen allein nicht schon den gewünschten Erfolg. — Auf der Konferenz in Hirschberg wünschten die Kolleginnen schon nachdrücklichst mehr Frauenversammlungen, und zwar mindestens eine Versammlung monatlich in Orten mit einer arbeitsfähigen Arbeiterinnenzahl. Ähnliche Wünsche wurden auch in verschiedenen anderen Versammlungen zum Ausdruck gebracht.

Der Gesundheitszustand der erwerbstätigen Frauen steht dem der Männer beträchtlich nach. Die Schnelligkeit, Intensität und Einformigkeit in der heutigen Wirtschaftsweise wirkt sich auf den Körper der Frau besonders nachteilig aus. In dieser Stelle braucht nicht näher auf die Art der Schädigungen eingegangen zu werden. Auf dem Krankenkassentag in Breslau wurde an Hand einer Statistik festgestellt, daß die durchschnittliche Krankheitsdauer bei weiblichen Versicherten beträchtlich höher ist als bei männlichen Versicherten. Ebenso ist es mit der Krankheitsdauer. Es ist deshalb unsere Aufgabe, über die wichtigen Arbeiterinnenschutzbestimmungen weitestgehende Aufklärung zu verbreiten. Im Laufe des Berichtsjahres gelangte eine Broschüre von Friedrich Klees über „Mutterchutz und Mutterschaftsversicherung“ kostenlos an unsere Funktionärinnen zur Verteilung. Wiederholt ist auch im „Proletarier“ und im „Keramischen Bund“ auf diese wichtigen Bestimmungen hingewiesen worden. Die Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, die am 11. und 12. September 1928 in Dresden tagte und sich an einem Tage in fünf Resoraten mit der Frauenfrage beschäftigte, wurde durch den Hauptvorstand ebenfalls besichtigt und die dort gesammelten Erfahrungen im Interesse der Kolleginnen ausgewertet.

Die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat läßt im allgemeinen noch sehr viel zu wünschen übrig. Vielfach sind Betriebe mit überwiegend weiblichen Beschäftigten ohne gesetzliche Betriebsvertretung, oder die Kolleginnen sind stark in der Minderheit, z. T. auch gar nicht vertreten. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In den Zahlstellenleitungen und in den Betrieben muß unbedingt dahin gearbeitet werden, daß die Kolleginnen mehr zur Betriebsrätetätigkeit bereit sind. Zahlreiche Fälle beweisen die Fähigkeit der Kolleginnen zu verantwortungsvoller Mitarbeit, und es wäre gewerkschaftsschädigend, wollte man tüchtigen Kolleginnen zur Mitarbeit keine Gelegenheit geben. Besonders die mannigfaltigen Arbeiterinnenfragen erfordern größere Tatkraft der Kolleginnen. Erwähnt sei hier der Mutterchutz im Betrieb. In vielen Betrieben werden wichtige Bestimmungen zum Schutze für Mutter und Kind nicht genügend beachtet. Und die Kolleginnen sind viel besser in das Seelenleben ihrer Mitkolleginnen hineinzuversetzen vermögen als der Kollege, sollte die Vorrang haben. Aber auch zu allen anderen betrieblichen Angelegenheiten muß die Kollegin Stellung nehmen können. Eine Rundfrage über die Betriebsrätewahlen im Jahre 1928 hat ergeben, daß bei den Neuwahlen in 9814 aus 173 333 über 18 Jahre alten weiblichen Beschäftigten 23 005 Kollegen und nur 1616 Kolleginnen gewählt wurden. Diese Zahlen entsprechen nicht dem Beschäftigungsverhältnis von Männern und Frauen. Und gerade weil die Frauen noch bedeutend mehr der rücksichtslosen Ausbeutung, größten Unfallgefahren und obendrein noch der Mißachtung ausgesetzt sind, sollten sie sich selbst verteidigen lernen und in den Betriebsräten vertreten sein.

An den Bildungskursen unseres Verbandes in Wennigsen beteiligten sich 40 Kolleginnen. Zur Wirtschaftsschule in Düsseldorf wurde eine Kollegin delegiert, und am Fernunterricht zur Teilnahme an einem Kursus der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. nahm auch eine Kollegin teil. Aber die Beteiligung der Kolleginnen an den gewerkschaftlichen Bildungskursen muß noch besser werden. Wir brauchen tüchtige Funktionärinnen in den Betrieben. Und gerade der Mangel an Kenntnissen der wichtigen wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen hindert oft die Kolleginnen an der tatkräftigen Mitarbeit. Deshalb auch die Bitte mancher Kollegin um Material. Der Hauptvorstand berücksichtigt diese Wünsche weitgehend. An der steigenden Auflage der gewerkschaftlichen Frauenzeitung, die ebenfalls an Kolleginnen allmonatlich vom Verband geliefert wird, ist auch zu erkennen, daß die Zahl der interessierten Kolleginnen und Mitarbeiterinnen ständig im Steigen begriffen ist. Ende Dezember gingen 9900 Exemplare an unsere weiblichen Mitglieder.

Zum Verbandskongress nach Hamburg waren sechs Kolleginnen delegiert, darunter vier Kolleginnen aus den Zahlstellen und zwei Kolleginnen als Vertreter des Hauptvorstandes. Den Bemühungen des Hauptvorstandes, dahingehend, daß größere Zahlstellen mit drei und vier Delegierten möglichst eine Kollegin delegieren sollten, wurde nur in drei Fällen Rechnung getragen, obgleich es an tüchtigen Kolleginnen auch in anderen Zahlstellen nicht mangelte.

Zum Lohnproblem ist zu bemerken, daß wesentliche Änderungen in der Differenz zwischen Frauenlöhnen und Männerlöhnen leider nicht festgestellt werden können. Die Frauenlöhne betragen im Durchschnitt in fast allen Industriezweigen nur zwei Drittel der Männerlöhne, trotzdem die Frauen vielfach mit derselben Arbeit beschäftigt werden wie die Männer. Es ist eine noch zu lösende Aufgabe der Organisation, auf eine Verringerung der Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen hinzuwirken. Wiederholt kamen solche Wünsche in Frauenversammlungen und Konferenzen durch die Kolleginnen zum Ausdruck. Die Tatsache, daß die Frauenerwerbsarbeit heute im volkswirtschaftlichen Leben eine bedeutende Rolle spielt und durch die Rationalisierung und Mechanisierung im Arbeitsprozeß noch mehr

Arbeitsplätze durch Frauen besetzt werden, ist die Frauenarbeit auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften einen wesentlichen Einfluss aus. Selbstverständlich muß damit die Organisierung der Arbeiterinnen weitere Fortschritte zeitigen, damit eine größere Schlagkraft der Gewerkschaften gewährleistet ist.

Besonders aktuell und bedeutungsvoll im Berichtsjahr war die Frage: Ist die verheiratete Frau aus dem Erwerbprozess auszuscheiden oder nicht? Die Meinungsverschiedenheiten über diese Frage sind groß, sie werden auch nicht immer kollegial ausgetragen. Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1927 sind Untersuchungen über die Gründe der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen angestellt worden. Demnach wurde festgestellt, daß mehr als 80 Prozent der verheirateten Frauen aus wirtschaftlicher Not auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Gertrud Hanna, Frauensekretärin beim ADGB, nahm in der Novembernummer der „Gewerkschaftlichen Frauengzeitung“ Stellung zur Frage „Gesetzliches Verbot der Arbeit verheirateter Frauen“ und lehnt unter Angabe wichtiger Gründe es streng ab, daß die Frauen durch gesetzliches Verbot von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Wir brachten in Nummer 50 des „Proletariats“ diesen Artikel wörtlich und haben uns der Meinung der Kollegin Hanna angeschlossen.

Die geringe Berücksichtigung der Frauen in allen Verbänden bei der Beschickung zu Verbandstagen und Konferenzen hat uns im letzten Jahr mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen, wie wenig die Frauen zu verantwortungsvoller Mitarbeit in den örtlichen und bezirklichen Organisationen herangezogen werden. Mit der Ausschaltung der Frauen wird nur das jahrhundertlang gezüchtete Minderwertigkeitsgefühl in der Frau gestärkt. Wir haben aber tatsächlich alle Ursache, den bereits tätigen Kolleginnen mehr Verantwortung zu übertragen, damit sich in jedem Ort und in jeder Branche ein weiblicher Funktionärkörper bildet, der die Agitation unter den Arbeiterinnen intensiv fördern und weitertreiben muß. Gewiß sind zur erfolgversprechenden Frauenagitation große Schwierigkeiten zu überwinden. Aber wir müssen sie überwinden, weil wir mehr praktische Erfolge sehen wollen. Anna Zammerk.

Jugendbewegung.

Jugendtreffen in Rothenburg (Tauber).

In mühevoller Arbeit ist von der Gauleitung IX (Nürnberg) sowie den beiden Jugendstellenleitungen Nürnberg und Fürth ein Jugendtreffen der bayerischen Jugend des Fabrikarbeiterverbandes vorbereitet worden, das an den Pfingstfeiertagen in Rothenburg (Tauber) veranstaltet wurde.

Rothenburg liegt landschaftlich sehr schön, ist aber vor allen Dingen durch seine mittelalterliche Architektur und durch seine Geschichte von großem Reiz.

Es ist schwer zu schildern, wie harmonisch die Stunden in Rothenburg verlaufen sind. Vor allem die junge Garde wird Ehrdrücke mit nach Hause genommen haben, die auf Jahre, vielleicht für das ganze Leben unergänglich sein werden. Wer außerdem die am zweiten Feiertag im Saale des Widdobades abgehaltene Feier mit erlebt hat, wer ihren Verlauf mit erlebt hat, den sie den Ausführungen der Redner zollten, der weiß, daß die tiefsten Eindrücke doch in den Stunden gewonnen wurden, in denen der Jugend ihre Bedeutung für die Organisation klar gemacht wurde. In diesen Stunden zeigte sich, daß die Jungen wie die Alten in fester Verbundenheit dem schönsten Ideal unserer Zeit zustreben: der Arbeiterschaft ein glückliches Dasein zu erkämpfen.

Am Pfingstmontag, früh 7 Uhr, stand auf dem Nürnberger Hauptbahnhof ein Ertragzug bereit für die Teilnehmer, die über Nürnberg fahren wollten und am Vorabend bereits dort eingetroffen, bekümmert und einlogiert waren. In allen Wagen herrschte die Stimmung, die eben nur der Jugend eigen ist und die Älteren wieder zurückversetzt in die eigenen Jugendjahre.

Kurz nach 10 Uhr vormittags lief der Zug in Rothenburg ein. Die Stadtkapelle begrüßte die Gäste. Dann formierte sich der Zug, und mit Musik zogen wir ein durch ein altertümliches Tor. Überall frohe Zurufe und aus den Fenstern mehrerer Häuser regneten kleine Blumenstränge auf die Fahrgäste herab, gesendet von den Frauen und Kindern unserer Kollegen und Gewissen.

Auf dem Kapellenplatz endete der Zug unserer 500 Jugendlichen, und zahlreiche Kollegen und Bürger der Stadt sowie zahlreiche Fremde scharten sich zusammen, um die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des bayerischen Bundes, Kollegen Grünzel, anzuhören. In kurzen Worten begrüßte der Redner die Jugend im Namen des Hauptvorstandes, der Bundesleitung, der Gauleitungen IX und X und der beiden Jugendstellen Nürnberg und Fürth. Er verwies darauf, daß die Jugend aus diesem Pfingsttreffen erfahren werde, wie lieb dem Fabrikarbeiterverband seine Jugend ist, und daß es auch Aufgabe der Jugend sei, mit am Aufbau der Organisation zu arbeiten, damit spätere Zeiten glücklichere Zeiten sind. Mit brausendem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter und den keramischen Bund war der Begrüßungsakt zu Ende.

Die Abteilungen wurden in ihre Quartiere geleitet. In vom Magistrat Rothenburg zur Verfügung gestellten Räumen waren Matratzen und Decken, geliehen vom Magistrat Nürnberg, untergebracht. Beiden Stadtvewaltungen gebührt unser Dank für ihr Entgegenkommen. Dann ging es nach kurzer Pause zum Essen. Alles klappte vorzüglich; die Kollegen Maier und Herrmann von Nürnberg können stolz auf ihre geleistete Vorarbeit sein. Auch dem Essen waren Hühner durch die Stadt, und zwar wieder in kleineren Abteilungen, und um 17 Uhr fanden sich wieder alle Teilnehmer zusammen, um den historischen Schiffszug anzusehen. Den Schluß des Tages bildete ein historischer Akt, die Befreiung der Stadt durch Jilly und der nachfolgende Brand, dargestellt durch bengalisches Feuer. Um dieses Schauspiel zu sehen, waren wir aus Rothenburg „manus“ und auf gegenüberliegenden Hügel gewandert. Hier von Rabaten und Beschützern sah es sich aus, dann liefen die Einrückenden in der Stadt und kurz darauf war die ganze Stadt in hellen bengalischen Feuerschein gehüllt. Für alle Zuschauer ein prächtiges, schwer zu vergessendes Bild.

Der Pfingstmontag brachte dann den schönsten Teil der Fahrt. Vor der Stadt trafen die einzelnen Abteilungen zusammen und in geschäftigstem Tone ging es betag in den Schützen wald in weiß gehaltenen Staat des Reiches. Zwei weitgedehnte Lände für die Führer unserer Organisation und den Vertreter der Stadt, die Mädchen in ihren bunten Kleidern auf Stühlen, von lebenden Büschen umrahmt. Durch die Fenster leuchtete das frische Grün des Gartens, im Saale die jungen Menschenbilder, ein wundervolles Bild.

Aus den Reihen der Arbeiterjäger von Rothenburg erscholl das Lied „Kantate dem Tag“. Als der letzte Ton verklungen, folgten warm empfundene Begrüßungsworte des Kollegen Schneider Maier, dann eine recht freundliche Willkommensrede des Vertreters der Stadt.

Dann kam unser August Brey. Er überreichte der Jugend des Gaues IX ein vom Hauptvorstand gestiftetes Banner. Wie der Kollege Brey es versteht, den Jugendlichen die Bedeutung einer solchen Marquise, ließ sich nicht in wenigen Worten schildern.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Mai 1929.

Die Arbeitsaufnahme in den Außenberufen hat die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes wesentlich verbessert. Nach der Statistik der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen von ihrem Höchststand am 28. Februar bis zu der zuletzt bekanntgegebenen statistischen Feststellung vom 30. April um ca. 1,3 Millionen gesunken. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit vollzog sich in diesem Jahre weit schneller als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 1929 um 1,1 Million höher als im Vorjahre. Trotz der schnellen Abnahme ist die Zahl der Arbeitslosen, selbst wenn nur die Unterküpfungsbesitzer berücksichtigt werden, immer noch Ende April um 436 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt folgende Übersicht:

Ende	Zahl der unterstützten Erwerbslosen	Zahl der Arken-unterstützten	Insgesamt
30. Dezember 1928	1 702 000	127 000	1 829 000
31. Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000
28. Februar 1929	2 460 000	182 000	2 642 000
31. März 1929	1 885 000	192 000	2 077 000
30. April 1929	1 126 000	198 750	1 324 750

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten weiter anhalten. Es besteht aber die große Wahrscheinlichkeit, daß der Arbeitsmarkt infolge des allgemeinen Konjunkturrückganges das ganze Jahr hindurch ungünstig bleibt, daß die industrielle Reservearmee in diesem Jahre besonders groß sein wird. In den Industriezweigen, die zum Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes und des keramischen Bundes gehören, ist die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig stark zurückgegangen. Von der Arbeitslosen-Statistik unseres Verbandes wurden Anfang Mai 461 111 Mitglieder, oder circa 97 Prozent der Gesamtmitgliedschaft erfaßt. 49 Zahlstellen mit circa 14 000 Mitgliedern fielen in der Berichterstattung aus. Die Berichtsharten gingen entweder zu spät oder gar nicht ein. Von den in der Statistik erfaßten Mitgliedern waren insgesamt 47 096 oder 10,2 v. H. arbeitslos und 16 337 oder 3,5 v. H. arbeitslos verkurzt. Die Verhältniszahlen für Anfang April waren 15,9 v. H. für Arbeitslose und 4,0 v. H. für Kurzarbeiter, mithin ein Rückgang von 36 v. H. bei Vollarbeitslosen und 12,5 v. H. bei Kurzarbeitern. Hingegen waren Anfang Mai 1928 nur 5,8 v. H. arbeitslos und 1,7 v. H. arbeitslos verkurzt, also fast um die Hälfte niedriger. Während die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes in der gleichen Zeit des Vorjahres 95,8 betrug, steht sie in diesem Jahre auf 88,6. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriezweigen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:	Von je 100 Mitgliedern											
	waren arbeitslos						arbeiteten verkurzt					
	Ende März 1929		Ende April 1929		Ende März 1929		Ende April 1929					
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
In der Industriezweige:	16,4	18,9	15,9	10,1	10,4	10,2	4,8	7,4	4,9	8,0	5,4	8,6
Chemische Industrie	7,4	12,2	8,5	5,1	9,3	6,1	2,3	5,5	3,0	0,9	3,2	1,4
Papier-Industrie	5,5	6,9	5,8	4,5	5,5	4,7	3,7	7,2	4,4	8,4	8,9	4,4
Nahrungsmittel-Industrie	12,9	18,5	14,4	7,8	14,5	9,5	3,6	0,8	1,3	2,0	0,5	1,6
Spielwaren-, Blumen-Industrie	27,5	18,3	22,4	24,2	14,7	19,0	21,3	22,2	21,8	21,5	18,3	19,7
Sonstige Industrien	23,3	12,8	20,4	16,0	10,2	14,3	2,3	7,7	3,8	1,6	4,8	2,5
Keramischer Bund insgesamt:	24,5	16,8	22,9	13,7	11,0	13,2	5,9	8,7	6,4	3,9	6,8	4,8
a) Porzellan-Industrie	13,6	10,8	12,5	12,1	9,5	11,1	14,9	11,4	13,6	12,8	9,9	11,7
b) Glas-Industrie	12,9	10,7	12,6	11,3	9,3	11,0	4,8	9,8	5,1	3,4	5,2	3,7
c) Grobkeramik und Baustoffe	35,1	30,6	34,6	15,7	14,7	15,6	3,5	2,7	3,4	1,0	0,8	0,9

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industriezweigen unseres Verbandes zurückgegangen, am stärksten in der Gruppe Grobkeramik. Trotzdem leidet gerade diese Gruppe sehr stark unter der Arbeitslosigkeit. Während hier im Vorjahre nur 5,2 v. H. Arbeitslose gezählt wurden, waren es 1929 immer noch 15,8 v. H., also die dreifache Zahl. Konjunktur- und Witterungseinflüsse haben die Arbeitsaufnahme sehr verzögert. Verhältnismäßig stark war der Rückgang in der Chemischen Industrie und in der Nahrungsmittelindustrie. Die niedrigste Arbeitslosigkeit weist nach wie vor die Papierindustrie auf. In den Gruppen Feinkeramik und Glas ist ebenfalls ein Rückgang eingetreten.

Nach der geographischen Verteilung ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch in Ostpreußen. Hier hat die Arbeitsaufnahme in der Baustoffindustrie sehr spät eingesetzt. Aber auch für die Papierindustrie werden hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen. Den günstigsten Stand zeigen die Bezirke Hannover und Westfalen mit je 6,1 v. H. Arbeitslose. In diesen Bezirken ist die Arbeitsmarktlage in fast allen Gruppen recht günstig. Sehr ungünstig ist die Arbeitsmarktlage in der feinkeramischen Industrie Mitteldeutschlands, auch in der Glasindustrie Nordbayerns, in der grobkeramischen Industrie Siedershausen. Die Arbeitsaufnahme in der Baustoffindustrie Süddeutschlands erfolgt nur sehr langsam und zögernd. G. R.

Mänschenfüll war es im Saal. Jeder merkte, daß die Worte des Kollegen Brey aus tiefstem Innern kamen und zu jedem Herzen drangen. Solche Worte sind nicht vergebens gesprochen und jubelnd brannte das „Frei Heil“ empor und weit hinaus in den umgebenden Garten.

„Wenn wir schreien Seif an Seif“ klang es dann von den Lippen der Sänger und die Töne führten über zu der Rede des Verbandsvorsitzenden Kollegen Karl. Er sprach über das Thema „Die Jugend und wir“. Er schilderte die Arbeit der Organisation für die Jugend, zeigte unseren Kampf für Arbeiterschutz und Jugendbeschäftigung, er regte die Jugend an, mitzumachen. Und wie tat das Karl? Es schien, als wäre er selbst zum Jugendlichen geworden, so temperamentvoll kamen seine Worte heraus. Auch nach seiner Rede erscholl kraftvoll das „Frei Heil“.

Dann folgte der Dank der Jugend, ausgesprochen von dem Jugendkollegen Konrad Kamm, Neustadt a. d. Waldnaab. In einfachen schlichten Worten sagte er Dank für das Schöne, gab namens der Jugend das Versprechen ab, tatkräftig für die Organisation zu arbeiten, und überreichte ein Fahnenband für die neue Fahne. Eine Jugendkollegin aus Rothenburg, die nach ihm sprach, überreichte gleichfalls ein Band.

Bei beiden jungen Rednern sah man, wie stolz die Jugendlichen waren, daß auch aus ihren Reihen Redner auftraten. „Lord Folsom“, gelungen von den Sängern, folgte, dann sprach nochmals Kollege Maier fremdbildende Worte zum Schluß und zurück ging es in die Stadt.

Am Nachmittag Heimfahrt. Herrliche Stunden waren vergangen, aber sie sind nicht ausgelöscht. Was Rothenburg als Stadt, was vor allem aber die Organisation den Jugendlichen und auch den Alten geboten hat, ist nicht zu vergessen. Möge es Nachahmung in anderen Gauen finden. S. Grünzel.

Arbeitslosigkeit und Arbeiterversicherung.

Keine Kürzung der Invalidenrente bei Eintritt des 65. Lebensjahres.

Durch das Änderungsgezet der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1926 wurde bestimmt, daß wenn die Invalidität Folge eines unfallbürtigen Unfalles ist, der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente ruht, der dem Grade der Erwerbsbeschränkung aus dem Unfall entspricht. Beträgt z. B. die durch Unfall herbeigeführte Erwerbsbeschränkung 70 Prozent, so ruhen auch 70 Prozent des für die Invalidenrente festgesetzten Grundbetrages von 168 Mark, d. h. sie werden von der Invalidenrente gekürzt und nicht ansbezahlt. Die gesetzlichen Kürzungsbestimmungen sind reichlich unklar gehalten und kommen um so mehr zum Schaden der unfallverletzten Invalidenrentner angesetzt werden, als durch Gesetz vom 10. November 1922 die eigenliche Altersrente aufgehoben und bestimmt wurde, daß die Invalidenrente auch alle Verrenteten erhalten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen vom 25. Juni 1926 mußten die Landesversicherungsanstalten ihre ganzen Rentenakten durcharbeiten, und soweit festgestellt werden konnte, daß ein Unfall die Ursache der Invalidität war, mußten die gesetzlich vorgeschriebenen Kürzungen vorgenommen werden. Die Landesversicherungsanstalten glaubten diese Kürzungen auch beibehalten und weiterlaufen lassen zu können, wenn ein invalider Arbeiter 65 Jahre alt wurde. Diese Rechtsauffassung wurde bestritten durch die Entscheidung des 3. Revisionssenats des Reichsversicherungsamtes vom 31. Mai 1928, in der ausgesprochen ist, daß die wegen der auf Folgen eines unfallbürtigen Unfalles beruhende Invalidität bewilligte Invalidenrente gemäß § 131 Abs. 1 Satz 1 der RVO, auch dann ruht, wenn der Invalidenrentner das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Diese Entscheidung hat, wenn man gesetzliche Bestimmungen weißerzig und sozial angesetzt wissen will, gegen Wortlaut und Sinn des Gesetzes und gegen die vom Gesetzgeber gemollte Absicht verstoßen. Sie war rechtlich unhaltbar, wurde auch auf Antrag des 11. Revisionssenats vom „Großen Senat“ des Reichsversicherungsamtes durch eine grundsätzliche Entscheidung vom 12. Dezember 1928 aufgehoben. In der letztgenannten Entscheidung brachte der große Senat des Reichsversicherungsamtes zum Ausdruck, daß wenn der gekürzte Invalidenrentner das 65. Lebensjahr erreicht, die Renten Kürzung ansprechen und neben der Invalidenrente die volle Invalidenrente zu beziehen ist.

Die Landesversicherungsanstalten sind durch diese Entscheidung gezwungen, in allen Fällen die ihnen bekannt werden, die zu Unrecht bestehende Renten Kürzung aufzuheben. Seit Inkrafttreten der Kürzungsbestimmungen war leicht festzustellen, welche Invalidenrentner zugleich auch Unfallrente beziehen, weil beide Renten durch die Postanstalten zur Auszahlung gelangen und Altersunterschiede nicht zu machen waren. Die Landesversicherungsanstalten können heute nur schwer feststellen, wann ein gekürzter Invalidenrentner das 65. Lebensjahr erreicht. Die Zahl der Doppelrentner, die seit 1926 das 65. Lebensjahr erreicht haben oder in den nächsten Jahren erreichen, ist sehr erheblich. Nur wenige haben bisher Kenntnis von der ihnen günstigen Entscheidung bekommen. Die Kürzungen an der Invalidenrente gehen monatlich bis zu 14 Mark. Wenn die Landesversicherungsanstalten nicht durch Zufall darauf kommen, daß es sich um einen zu Unrecht gekürzten Rentenfall handelt, wird die ungerechtfertigte Kürzung jahrelang und vielleicht bis zum Tode des Rentners weiterlaufen. Er erscheint deshalb angezeigt, daß die gekürzten Doppelrentner, wenn sie das 65. Lebensjahr bereits erreicht haben oder wenn sie 65 Jahre alt werden, auf Aufhebung der Renten Kürzung bei der Landesversicherungsanstalt stellen, die die Rente festgelegt hat.

Rundschau.

Die Achtgroßenjungen.

Ein kommunistisches Blatt in Hannover wendet den Begriff „Achtgroßenjunge“ falsch an, wohl aus kommunistischem Prinzip. Wir wollen diese Zeitung sagen, was ein Achtgroßenjunge ist oder vielmehr war:

Ein Achtgroßenjunge war ein Subjekt, das während des Sozialistengesetzes die Arbeiter zu dummen Streichen verleitete, u. a. sie dem Staatsanwalt ans Messer liefern zu können. Gleiches hat die KPD. am 1. und 2. Mai 1929 in Berlin getan. Wo sitzen die neuzeitlichen Achtgroßenjungen?

Wirtschaftliches.

Wer an der Schüssel sitzt. . .

Die in Prag erscheinende Wochenschrift „Die Wirtschaft“ brachte kürzlich einen Artikel, in welchem sich ein Aktionär über die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften beschwerte. In dem Artikel kamen folgende Bemerkungen vor:

„Fast alle Faktoren, die an einer solchen Aktiengesellschaft . . . interessiert sind, wissen wohl, ihren Vorteil wahrzunehmen. Der leitende Direktor, der Herr Verwaltungsrat, sitzen unmittelbar an der Schüssel und genteren sich nicht, mit vollen Händen zugreifen, zumal der Schmaus unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit nur für die wenigen, sich selbst einladenden Gäste stattfindet und auch die Bilanzziffern hierüber nicht viel erzählen. . . Was so ein leitender Funktionär dem Unternehmen noch nebenbei kostet, darüber ist er vielleicht sich selbst oder will er sich gar nicht klar sein. Steuern, die bei diesen enormen Gehältern die höchsten Sätze erreichen, Autos, in deren Verwendung man sich — die Kosten gehen ja nicht aus der eigenen Tasche — keinen Zwang auflegt und deren man sich ohne Bedenken natürlich auch für Privatwecke, für die Familie, für Sommerreisen bedient, Protektionskinder, die auf gut dotierte, eventuell zu diesem Behufe neu kreierte Posten geschoben werden, Geschäfts- und Studienreisen, bei denen man das geschäftlich Notwendige mit dem persönlich Angenehmen verknüpft und sich keineswegs die Reisegeldsche durch Rücksichtnahme auf das Spesenkonto des Unternehmens verkümmern läßt, luxuriöse Direktionsräume, Sekretäre, Diener, all das summiert sich im Laufe des Geschäftsjahres zu ganz respektablem Betrugen.“

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Aus dem Glanzstoffwerk Oberbruch.

Dem aufmerksamen Leser unserer Verbandszeitung dürfte bekannt sein, daß die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken eines der am besten fundierten Unternehmen sind. Im letzten Geschäftsjahr hat die Arbeit eines jeden Beschäftigten der Firma 1000 Mark Reingewinn gebracht, die ausgeschüttete Dividende beträgt pro Kopf 867 Mark. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Dr. Wolf, in der ordentlichen Hauptversammlung des Unternehmens hat sich in den letzten Wochen die Konjunktur gebessert. Der Absatz in Kunstseide ist gestiegen, die Preise haben sich erhöht. Wir begrüßen diese Aufwärtsentwicklung in der Kunstseidenindustrie.

Wie steht es jedoch mit dem Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter an dieser sehr guten Entwicklung aus? Wie steht es besonders in dem größten Werk, in Oberbruch aus? Seit Monaten liegt es wie ein Alpdruck auf der Arbeiterschaft, über jedem hängt das Damoklesschwert der Entlassung. 350 hat man in Oberbruch schon in diesem Jahre entlassen. Jetzt hat die Firma beim Regierungspräsidenten angezeigt, daß sie nach Ablauf der Sperrfrist weitere 500 entlassen will. Als Begründung werden die Rationalisierung, die schlechte Konjunktur und die zu hohen Gesehungskosten angeführt. Zur Verzweiflung der beiden letzten Gründe hat die Arbeiterschaft nach dem oben Gesagten genügend Gründe, und wie steht es mit der Rationalisierung? Die Arbeitsleistung des einzelnen ist heute schon bis an die Grenze des möglichen getrieben. Aber das ist nicht genug, das letzte soll herausgeholt werden, damit der nun herausgeschundene Gewinn noch höher wird. Also werden noch 500 entlassen.

Die Leistung wird bis zur Unerträglichkeit gesteigert, wie steht es aber mit der Entlohnung aus? Auch sie müßte steigen. Aber, je höher die Leistung, desto niedriger der Verdienst. Um die Lohnerhöhung, die in diesem Jahr dem Chemiekapital, zu dem ja auch Glanzstoff gehört, abgerungen wurde, wieder illusorisch zu machen, geht man dazu über, die Prämien und Akkorde abzubauen. Als Begründung hierfür werden die ungünstige Preislage und die zu hohen Verdienste angeführt. Dies kann die Arbeiterschaft nicht gelten lassen. Dr. Wolf führte an, daß die Preise gestiegen, die Lager der Kunstseidenkonsumenten leer seien. Leere Lager bedeuten erhöhte Nachfrage, erhöhte Nachfrage höhere Preise und guten Gewinn. Es wird also bestimmt mit einer noch besseren Preisentwicklung für Kunstseide zu rechnen sein. Und trotzdem Abbau. Man ruft nach Zollschuß, versucht Märkte zu erobern. Was tut man aber für den Inlandsmarkt, das starke Rückgrat eines jeden Unternehmens? Wie ohnehin schon durch die falsche Lohnpolitik des Kapitalismus geschwächte Kaufkraft wird noch mehr abgedrosselt. Gerade Glanzstoff sollte wissen, daß in erster Linie die „große Masse“ es ist, die als Verbraucher für Kunstseide in Frage kommt. Jede Lohnreduzierung wird sich in verminderter Nachfrage bemerkbar machen. Wir müssen uns gegen jeden Abbau wenden. Zum anderen erfordert die erhöhte Arbeitsleistung der einzelnen keinen Abbau, sondern einen Aufbau der Prämien und Akkorde. Ist es nicht ein Hohn, wenn irgend welchen, die mit dem Dividendenberechtigungschein zur Welt kamen, Werte in den Schoß geworfen werden, die Tausende von Händen in mühseliger Arbeit geschaffen haben? Ist es nicht ein Hohn, wenn man diesen Tausenden von Händen zumutet, noch mehr zu geben, als sie schon gegeben haben, wenn man ihnen auch den kleinsten Anteil streift?

Hände! Menschen! Unablässig schaffen sie. Schaffen, daß einige Wenige in Wonne leben können. Und sie selbst? In dumpfer Qual leben sie, murren sie, und finden doch nicht den Weg, der sie herausführt aus dem Elend. Öffnet euch denn die feste Erstarrtheit des Kapitalismus nicht die Augen? Muß euch erst Elend und Not an die Seite eurer Schicksalsgenossen zwingen, die schon Jahrzehnte im Fabrikarbeiterverband für ein besseres Dasein kämpfen?

Die Ereignisse der letzten Zeit im Glanzstoffwerk haben gezeigt, daß es nur eins gibt. Entweder sich schußlos der Willkür des Kapitals unterwerfen, oder Schuster an Schuster mit den Kollegen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gegen die Willkür des Kapitalismus zu kämpfen. Jeder ehrliche und bewußte Arbeiter, jede Arbeiterin wird das letztere wählen und sich im Fabrikarbeiterverband organisieren.

Walter Pries (Oberbruch).

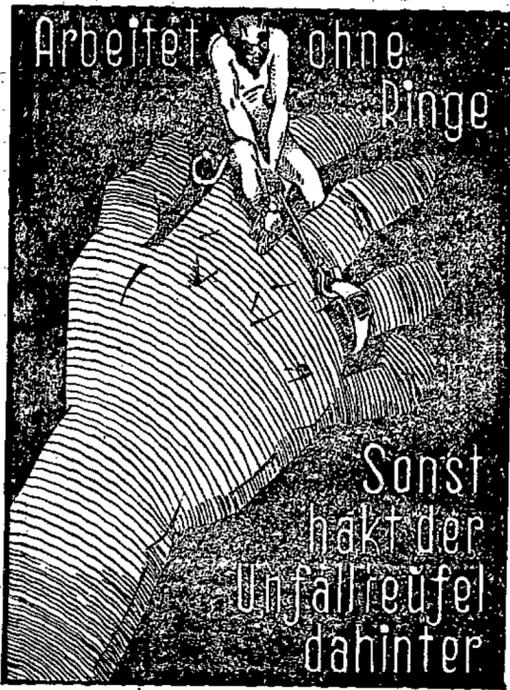
Sonderbare Heilige unter den Farbenhändlern.

Die „Farben-Zeitung“, Fachblatt der Lack-, Farben- und Leimindustrie, gilt als Publikations- und Verständigungsorgan des Lack- und Farbenhandels. Die Industrie kommt meist nur insoweit zu Worte, als sie mit dem Lack- und Farbenhandel direkt verbunden ist oder informativ wirken will. Daß die Lack- und Farbenhändler besondere Wünsche über Preisgestaltung haben, ist hinreichend bekannt. Im „Proletarier“ (Nr. 21 dieses Jahres) sind diese Schmerzen der deutschen Lackindustrie eingehend besprochen worden. Wir haben auch im „Proletarier“ (Nr. 20 vom 18. Mai 1929) die Tatsache festgestellt und kritisch beleuchtet, daß die Buntfarbenindustrie ihre Preise erhöht hat. Dementsprechend stellen wir fest, daß die erste Tat der neu zusammengeschlossenen Buntfarbenindustrie eine Preiserhöhung mit unzulänglicher Begründung war.

In der neuesten Nummer der „Farben-Zeitung“ vom 18. Mai finden wir einen mit „Lu“ unterzeichneten Aufsatz, der auf die Preiserhöhung in der Buntfarbenindustrie Bezug nimmt und in weinerlicher Weise die Notlage der Farbenfabriken zu schildern versucht. In dem Aufsatz wird für höhere Preise plädiert, die nur durch Zusammenschluß aller Werke erreicht werden können. Es genügt nicht, daß sich nur einzelne Fabriken zusammenschließen; alle müssen in den Ring einbezogen werden und die Bürgschaft dafür übernehmen, daß die festgesetzten Preise auch eingehalten werden. Diesem angeführten Aufsatz in der „Farben-Zeitung“ gehen zwei Artikel voraus, die die Notlage des Farbenhandels darlegen

ollen. In dem einen Artikel wird den Farbenfabrikanten der Vorwurf gemacht, daß sie durch wissenschaftliche Untersuchungen die Geheimnisse der Branche preisgegeben und dadurch jedem Unberufenen ermöglicht haben, sich in der Farben- und Lackbranche zu betätigen, wodurch sich die Lage im Geschäft immer mehr verschlechtert hat. Nach dem Artikelschreiber, der sich Detail-Farbenkonkel nennt, ist es eine feststehende Tatsache, daß in der Lack- und Farbenbranche zu den Zeiten im meiste verdient wurde, als es noch recht viel Geheimnisse in der Branche gab, und an anderer Stelle schreibt dieser lebenswürdige Zeitgenosse, daß es einer Hausfrau, die vielleicht einmal einen Schrank streichen läßt, gleichgültig sein kann, ob für diesen Anstrich Farbmaterial im Werte von 2 Mk. oder 3 Mk. oder gar 4 Mk. verwendet wird. Bei hohen Preisen wird jeder Einsichtige zugeben müssen, daß in diesem Falle der Fabrikant, Großhändler, Kleinhändler, Maler und auch die Hausfrau profitieren. So malt sich die Welt im Kopfe eines Detail-Farbenkonkels.

Die von „Lu“ geforderte Preiserhöhung für die Lackfarbenfabrikanten nimmt sich in der Interessentenschrift des Lack- und Farbenhandels außerordentlich gut aus. Einen Sinn können solche Ausführungen nur haben, wenn man annimmt, daß der Lack- und Farbenhandel beabsichtigt, mit der Lack- und Farbenindustrie gemeinschaftlich den Verbrauchern das Fell über die Ohren zu ziehen. Man kann auch annehmen, daß die Lack- und Farbenhändler sich allein zu diesem Raubzug auf die Taschen der Verbraucher zu schwach fühlen und in den Farbenfabrikanten nicht zu Unrecht einen Bundesgenossen sehen.



Nach der Fusion Riedel - de Haen.

Zum ersten Male nach der Fusion der beiden Firmen J. O. Riedel und C. de Haen, A.-G., Berlin, liegt ein gemeinsamer Bericht dieses Unternehmens vor. Es ist deshalb interessant, an diesem Geschäftsbericht die Wirkung des Zusammenschlusses zu betrachten. Diente doch der Zusammenschluß vor allem dazu, den in Schwierigkeiten geratenen Betrieb de Haen zu sanieren. Die Sanierung konnte allerdings ohne einen erheblichen Kapitalschnitt bei de Haen nicht erfolgen, es wurde eine Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 10:4 vorgenommen, d. h. 10 alte Aktien wurden zu 4 zusammengestrichen. Das Aktienkapital wurde jedoch gleichzeitig wieder auf 10 Millionen Mark erhöht. Der Geschäftsabschluss weist einen Rohüberschuß von 6 053 793 Mark aus gegen 3 361 368 Mk. im Vorjahre. Nach Absetzung von 3,92 Millionen Mark allgemeine Unkosten und 669 699 Mk. Steuern und Abgaben sowie 660 733 Mk. Zinsen ergibt sich nach 310 125 Mk. ein Überschuß von 490 888 Mk. (im Vorjahre 12 896 Mark). Der Rohüberschuß hat sich gegen das Vorjahr beinahe verdoppelt, allerdings sind auch die allgemeinen Unkosten, wie Steuern, Abgaben usw., gestiegen. Jedoch ist der endgültige Überschuß gegenüber dem Vorjahre ganz bedeutend gestiegen. Die Firma will 4 Prozent Dividende auf die alten 4 Millionen Reichsmark Aktienkapital sowie 4 Prozent auf die jungen 6 Millionen Reichsmark Aktien zur Ausschüttung bringen. Nach Überweisung von 85 723 Mk. an die gesetzliche Rücklage verbleibt ein Gewinnvortrag von 125 165 Mk. für das kommende Jahr.

Aber die geschäftliche Entwicklung berichtet die Firma folgendes: Der Zusammenschluß der Betriebsstätten Berlin, Brühl und Seelze hat sich, wie erwartet, als günstig erwiesen. Die Umsätze des Seelzer Werkes in technischen Chemikalien sind 1928 im In- und Auslande beträchtlich gestiegen. Infolge des starken Wettbewerbs konnten Verkaufspreise und gesteigerte Gesehungskosten nicht immer ausgeglichen werden, jedoch konnte durch vermehrte Produktion und Verbesserung der Fabrikationsverfahren dieser Umstand ausgeglichen werden. Dasselbe wird für pharmazeutische Chemikalien berichtet. Einen erheblichen Aufschwung verzeichneten die medizinischen Spezialpräparate. Weniger günstig soll das Geschäft in Progen gewesen sein. Verschiedene unerwartete Zusammenbrüche haben der Firma Verluste gebracht. Das beschlagnahmte Eigentum in den Vereinigten Staaten, in erster Linie Aktienanteile im Werte von 170 000 Dollar, wurden freigegeben. Sie erscheinen jedoch im vorliegenden Geschäftsbericht noch nicht. Die Firma erhofft vom Verkauf dieser Aktien ein gutes Erträgnis. Die Beteiligungen gingen von 5,9 Millionen Mark auf 0,86 Millionen zurück. Das Beteiligungskonto umfaßt jetzt außer einer Reihe kleiner Tochtergesellschaften, die größtenteils zufriedenstellend gearbeitet haben, die Hälfte des Gesellschaftskapitals der Riedel u. Grund-G. m. b. H. von nominell 800 000 Mark; ferner die Anteile an der Gewerkschaft Wölsendorf.

Die günstige Entwicklung hält im laufenden Jahre an, die Betriebe in Berlin und Seelze sind voll beschäftigt, die Umsätze weisen eine weitere Steigerung auf. Für verschiedene Großpräparate ist es zur Verständigung mit den ausländischen Unternehmungen gekommen. Die Entwicklung des Unternehmens ist somit als günstig zu betrachten; doch wird man das abgelaufene Jahr als Übergangsjahr bewerten müssen, wenn die Entwicklung im gegenwärtigen Maßstab weiter fortschreitet, wird sich der Betrieb in Zukunft zweifellos sehr rentabel gestalten. R. Segerer.

Der West-Kaufschuhverbrauch.

Der amerikanische Kaufschuhverbrauch hat im April die Rekordziffer von 47 521 Tonnen erreicht. Gegenüber dem Vormonat ist eine Steigerung von 3000 Tonnen zu verzeichnen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1929 ist der amerikanische Kaufschuhverbrauch auf 176 807 Tonnen gestiegen. Sollte sich der Verbrauch bis zum Schluß des Jahres auf diesem Niveau halten, so ist mit einem Gesamtjahresverbrauch von 530 541 Tonnen zu rechnen. Die Bekanntgabe der neuen Rekordverbrauchsziffer war in London Ursache eines scharfen Anstieges der Preise.

Brand in der Rheinisch-westfälischen Sprengstoff-A.-G. in Troisdorf.

Am 24. Mai, morgens 8 Uhr, brach auf bisher ungeklärte Weise ein Brand in dem Zellulose-Pulverwerk der Rheinisch-westfälischen Sprengstoff-A.-G. in Troisdorf aus. Das Feuer fand reiche Nahrung in dem Pulverwerk selbst und in dem anschließenden Versandmagazin. Dieses brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Materialschaden ist bedeutend, aber durch Versicherungen gedeckt. Nach Lage der Betriebsverhältnisse ist der Betrieb auf eine Zeitlang lahmgelegt, wenn es nicht gelingt, in den aus der Kriegszeit noch freistehenden Bauten die Produktion und der vorläufigen Unterbringung der Arbeiterschaft in andere Betriebe liegt nach der bisherigen Einstellung der Direktion berechtigte Hoffnung vor. Hoffentlich geht diese Annahme in Erfüllung und werden keine Arbeitskräfte erwerbslos.

Außer kleineren Brandwunden hat niemand ernstere Verletzungen davongetragen. Ob bei den sehr feuergefährlichen Rohstoffen es ratsam war, Produktion und Versandraum so nahe zusammenzuliegen, bleibt der Nachprüfung haltlos, ebenso ob böswillige Brandstiftung oder Fahrlässigkeit vorliegt. P. Hertwig.

Papier-Industrie

Der Aschaffener Konzern.

Dieses wirtschaftliche Organisationsgebilde setzt sich zusammen aus drei großen Werksanlagen der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg, aus vier Tochtergesellschaften und aus der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierproduktion in Memel. Bis zum Friedensvertrag von Versailles war Memel ein direkter Betrieb der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg, mußte aber nach Abschluß des Friedensvertrages zu einer eigenen Gesellschaft umgestaltet werden. Der Vertrieb der Memelner Produktion geht durch die Aschaffener Vertriebsorganisation. Aschaffenburg ist nach Waldbhof der zweitgrößte Zellstoffproduzent Deutschlands.

Die Produktion einschl. der Memelner Werke beträgt pro Jahr 213 000 Tonnen Zellstoff, 48 000 Tonnen Papier, 86 000 Hektoliter Sulfitspiritus.

Die im Jahre 1927 erreichte Produktion gestaltete sich einschl. Memel folgendermaßen: 171 673 Tonnen Zellstoff, 38 573 Tonnen Papier, 51 039 Hektoliter Sulfitspiritus.

Der Vergleich dieser Zahlen mit denen der Produktionsfähigkeit ergibt, daß die Werke des Konzerns noch nicht vollkommen ausgenutzt werden konnten. Im Jahre 1928 ist eine weitere Produktionssteigerung der Konzernbetriebe eingetreten; dieses ergibt sich aus den Umsatzbeträgen. Der Umsatz des Jahres 1927 betrug rund 83 Millionen Reichsmark und wird für 1928 auf 80 Millionen Reichsmark errechnet.

Beschäftigt wurden im Jahre 1928 4072 Arbeiter und 354 Angestellte und Beamte.

In der folgenden Zusammenstellung bringen wir die zum Aschaffener Konzern gehörenden oder von diesen kontrollierten Werke:

Werke	Aktienkapital	Beteiligungen von Aschaffenburg
A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation	14 400 000 RM.	—
Werke:		
in Aschaffenburg:		
2 Zellstoffabriken	—	—
1 Papierfabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
1 Holzstofffabrik	—	—
1 Ablaugeverwertungsanlage	—	—
in Stockstadt:		
1 Zellstofffabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
in Wallun a. Rhein:		
1 Zellstofffabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
Tochtergesellschaften:		
Oberbayr. Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G.	2 000 000 RM.	76,5 Prozent
Werke:		
Zellstofffabrik Redensfelden	—	—
Papierfabrik Redensfelden	—	—
Holzstofffabrik Redensfelden	—	—
Papierfabrik Am Baum	—	—
Holzstofffabrik Am Baum	—	—
Därener Papierfab., G. m. b. H.	300 000 RM.	100 Prozent
Papierpapp D. B. Helsingfors	100 000 RM.	50 Prozent
A. G. Transport Maatschappij, Rotterdam	20 000 hfl.	70 Prozent
A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Memel	15 000 000 Lit.	Aktienmehrheit

Bei dem finnischen Unternehmen handelt es sich um eine Holzeinkaufs-Organisation, die Aschaffenburg gemeinsam mit dem Reichsholz-Konzern betreibt.

Die Rentabilität der Konzernwerke ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Werke	Dividende 1927 in Prozent
A.-G. für Zellstoff- u. Papierfabrikation, Aschaffenburg	12
Oberbayr. Papier- und Zellstoffabriken, A.-G.	0
A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Memel	10

Das Aktienkapital, das in der Vorkriegszeit 12 Millionen Mark betrug, wurde bei der Umstellung zur Goldmarkbilanz auf die Höhe von 14,4 Millionen Reichsmark festgesetzt. Aschaffenburg hat durch die Inflation ein sehr gutes Geschäft gemacht, dadurch, daß es von den 8,3 Millionen Mark Vorkriegsschulden befreit wurde. Außerdem ist der Aschaffener Konzern in seiner Bilanzierung sehr vorsichtig, dies beweist die Tatsache, daß 3,6 Millionen Reichsmark für Abschreibungen und Werterhaltung verwendet wurden. Die Rentabilität der Därener Papierfabrik ist, da es sich um eine G. m. b. H. handelt, aus den Bilanzen nicht ersichtlich. Jedenfalls handelt es sich bei dem Aschaffener Konzern um rationell arbeitende und technisch auf der Höhe stehende Werke, woraus sich auch die gute Rentabilität des Konzerns ergibt.

G. Schäfer.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Zuckerindustrie.

II.

Der Zucker-Berufsgenossenschaft wurden im Jahre 1928 insgesamt 4019 Unfälle gemeldet. Davon wurden 456 als entschädigungspflichtig anerkannt, und 29 Unfälle hatten den Tod zur Folge.

Die Zahl der Unfälle ist auch in diesem Jahre wieder erheblich gewachsen. Die im letzten Berichte für die Steigerung angeführten Gründe dürften wohl auch in diesem Jahre zutreffen.

Die Zahl der entschädigten Unfälle hat sich ebenfalls beträchtlich vermehrt. Sieht man jedoch von der absoluten Zahl ab und betrachtet nur die Schwere der einzelnen Schadensfälle, so zeigt sich seit 1924 ein dauernder Rückgang.

Die Anzahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang ist etwas in die Höhe gegangen und hat wieder den Stand von 1926 erreicht. 4 von diesen Todesfällen (im Vorjahre 2) sind einzig und allein auf Infektion zurückzuführen, haben also mit den eigentlichen Betriebsgefahren kaum etwas zu tun.

Wir sehen die Fälle etwas anders, als sie im Bericht dargestellt sind. Richtig ist, daß die Zahl der Versicherten gestiegen ist. Das wäre aber in der Zuckerindustrie nur dann von ausschlaggebender Wirkung, wenn die Zahl der Vollarbeiter gleichfalls gestiegen wäre.

Ans der enormen Steigerung der entschädigungspflichtigen Unfälle darf man den Schluß ziehen, daß die zunehmende Rationalisierung die Unfallgefahr bedeutend erhöht. Trotz vermehrter Aufklärung und trotzdem die Versicherten, wie ja von der W.G. anerkannt wird, dem Unfallschutz mehr Aufmerksamkeit schenken als früher, häufen sich die Unfälle von Jahr zu Jahr.

Table with 5 columns: Jahr, Gesamtzahl Unfälle auf 1000, Entschädigte Unfälle auf 1000, Tödliche Unfälle, Von 1000 gemeldeten Unfällen tödlich und entschädigt. Rows from 1913 to 1928.

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Zahl der Unfälle absolut und pro Tausend der Versicherten und der Vollarbeiter in den letzten Jahren stark gestiegen ist. In keinem früheren Jahre wurde die Zahl 86,12 erreicht, wie im letzten Jahre.

Einige Unfälle sind von der W.G. auf ihre Ursachen untersucht worden. Nach dieser Feststellung waren von diesen Unfällen zurückzuführen auf:

- Mangelhafte Betriebsrichtungen 3 Unfälle
Fehlende oder ungenügende Schutzvorrichtungen 2 Unfälle
Ungeklärtheit, Unachtsamkeit, Unüberlegtheit 3 Unfälle
Handeln wider Vorschriften und Anweisungen 4 Unfälle
Unvermeidliche Betriebsgefahr 3 Unfälle
Höhere Gewalt, Zufälligkeiten, Witterungseinflüsse 6 Unfälle
Schuld von Mitarbeitern und anderen Personen 1 Unfall

Die Mehrzahl dieser nachgeprüften Unfälle entfällt entweder auf unvermeidliche Betriebsgefahr, höhere Gewalt usw. oder auf das Verschulden der Arbeiter. Wir sind auch hier anderer Meinung. Zum Beispiel: Handeln wider Vorschriften und Anweisungen.

Von den Unfällen mit Todesfolge sind vier im Eisenbahnbetrieb vorgekommen. Ein Rangierer rutschte von der Lore, fiel und wurde zerquetscht. Ein zweiter Rangierer fand

eine Muskelzerrung war die Folge, infolgedessen der Tod eintrat. Die angeführten Beispiele zeigen, daß oft leichte Verletzungen große Folgen haben können. Wären all diese Verletzungen vorchriftsmäßig gemeldet und behandelt worden, dann hätten weitere Entzündungen und ihre Folgen verhütet werden können.

Schließlich möchten wir noch einen Unfall erwähnen, bei dem gleichfalls ein Menschenleben zu beklagen war. In einer Zuckerfabrik wurde die Nachsaturation der Säfte mit flüssiger Schwefelsäure vorgenommen. Man hatte Schwierigkeiten mit der völligen Entleerung der Flasche und legte, um eine volle Entleerung zu ermöglichen, heiße Lächer um dieselbe.

Wir haben diesen Unfall seinerzeit im „Proletarier“ besprochen und haben schon damals die Frage aufgeworfen, ob es der Betriebsleitung nicht bekannt war, daß eine Explosionsgefahr vorhanden ist, wenn man Säureflaschen plötzlich aus kalter Luft in heißes Wasser bringt.

Am welchen Betriebsstellen oder bei welchen Betriebsvorgängen die meisten entschädigungspflichtigen Unfälle vorgekommen sind, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Table with 2 columns: Unfallart, Anzahl. Includes categories like Fall von Leitern, Treppen usw., Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen, Zusammenbruch, Einsturz u. Umfallen v. Gegenständen.

Von diesen Unfällen führten 419 zur teilweisen Erwerbsunfähigkeit, 8 Unfälle hatten völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge, und 29 Unfälle führten zum Tode.

Die höchste Zahl der Unfälle finden wir bei Arbeitsvorrichtungen allgemeiner Art. Es sind also nicht die Spezialmaschinen und -apparate, durch die die meisten Unfälle hervorgerufen werden.

Mehr als je klagen die Arbeitgeber über die hohen sozialen Lasten. In der Unfallverhütung könnte bedeutend gespart werden, wenn man den Unfallschutz durchführte und Unfälle verhüten würde. Prüfen wir nun, welche Summen tatsächlich an Entschädigung für Unfallverletzte ausgezahlt werden.

Es wurden 1571 Bescheide von der W.G. erteilt. In 410 Fällen wurde Einspruch gegen diese Bescheide erhoben. Von diesen Einsprüchen wurden 241 zugunsten der W.G. und nur 59 zugunsten der Versicherten erledigt.

Advertisement for 'Der Große Brockhaus' dictionary. Includes text: 'Neu von A-Z', 'Handbuch des Wissens in 20 Bänden', 'Das größte volkstümliche Nachschlagewerk der Gegenwart', 'Wollen Sie Ihr altes Lexikon in Zahlung geben?', 'Band I und II bisher erschienen', 'F.A. BROCKHAUS/LEIPZIG'.

zwischen den Puffern seinen Tod. Ein dritter blieb beim Zusammenkuppeln der Wagen in der Weiche stecken und wurde von einem anrollenden Wagen überfahren.

Eine Arbeitsstelle mit großen Gefahren sind auch die Zentrifugen. Ein Zentrifugenarbeiter rutschte beim Abkragen der Schurre ab und geriet mit der Krage in die laufende Trommel. Der Stiel von der Krage schlug ihm gegen die Brust, eine Leberzerrung und der Tod waren die Folge.

Geplagte Rohrleitungen führten in drei Fällen den Tod durch Verbrühung herbei. Es wäre zu prüfen, ob die Rohre schadhafte Stellen hatten, ob sie stark genug waren, dem ausgeübten Druck zu widerstehen usw.

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Diese Worte kann man für vier andere Todesfälle anwenden. Ein Arbeiter hatte sich beim Ausharren das Schienbein durch Stoß leicht verletzt. Es trat Wundrose hinzu, und der Tod war die Folge.

kändig zurückgeht. Um so mehr Ursache haben unsere Kollegen in den Betrieben, den Unfallschutz streng zu beachten und dafür zu sorgen, daß die ständig steigende Zahl der Unfälle endlich wieder eine rückläufige Tendenz aufweist. Oberster Grundsatz muß sein: Keine noch so gute Entschädigung kann dem kranken Menschen die Arbeitskraft wieder ersetzen. Mitarbeit beim Ausbau des Unfallschutzes muß daher unsere Hauptaufgabe sein. E. Senkfeld.

Voraussetzungen Zuckererzeugung in der Kampagne 1928/29.

Zwecks Schaffung einer Übersicht über die in der kommenden Kampagne in den Zuckerfabriken voraussichtlich zur Verarbeitung kommende Rübenmenge nimmt der Verein der Deutschen Zuckerindustrie, Abteilung Rohzuckerfabriken, jedes Jahr im Frühjahr eine Umfrage vor, um festzustellen, wieviel Rüben angebaut sind. Diese Umfrage läßt gewisse Rückschlüsse auf die Verarbeitung in der nächsten Kampagne zu. Allerdings können sich die geschätzten Zahlen noch um etwas verschieben, weil das Wetter beim Wachstum der Rübe und beim Zuckergehalt eine erhebliche Rolle spielt. Die Umfrage für dieses Frühjahr liegt vor. Wir bringen sie nachstehend zum Abdruck.

Ergebnis der Umfrage nach einzelnen Landesstellen.

Table with 7 columns: Landestelle, Ein-gan-gene-Int-worien, In Betrieb voraus-sichtlich kom-mende rübenverarbeitende Fabriken 1928, 1929, 1928, 1929, Rübenanbau 1928, 1929, Seitar, Vermehrung + bzw. Verminderung gegen 1928 vom Hundert.

Nicht von allen Fabriken sind Antworten eingegangen. Die paar fehlenden Betriebe sind aber kaum ausschlaggebend. Danach werden im kommenden Jahre voraussichtlich ebenso viele Rohzuckerfabriken Rübenzucker herstellen wie im Vorjahre. Die Aufstellung zeigt ferner, daß in einer Anzahl Bezirke, so namentlich auch in der Provinz Sachsen, ein geringer Rückgang beim Rübenanbau zu verzeichnen ist. Andere Bezirke, wie Rheinland, Süddeutschland und Hannover, weisen eine wesentliche Steigerung auf, desgleichen Mecklenburg. Im Reichsdurchschnitt bleiben wir aber mit dem Rübenanbau gegenüber dem Vorjahre etwas zurück. Ob die Zuckererzeugung gleichfalls zurückbleiben wird, das hängt von mancherlei Umständen ab. Es kommt darauf an, ob die Rüben restlos in der Zuckerfabrik auf Zucker verarbeitet werden. Wachstum und Zuckergehalt spielen eine ausschlaggebende Rolle. Im großen und ganzen kann aber gesagt werden, daß wir in der kommenden Kampagne ungefähr mit der gleichen Zuckererzeugung rechnen können wie 1928. E. Senkfeld.

Verschiedene Industrien

Aufgaben der Fachauschüsse für Heimarbeit nach § 20, HVO.

1.

Der § 20 HVO. in Verbindung mit § 37 HVO. soll den Fachauschüssen die Möglichkeit geben, gesunde soziale, wirtschaftliche und berufliche Verhältnisse in die Heimarbeit zu bringen. Nach § 20 haben die Fachauschüsse bei ihrer Tätigkeit sozialpolitische, wirtschaftliche und berufliche Fragen zu berücksichtigen. Die sozialpolitischen Fragen sind erfasst in Ziffer 1 bis 4 und 7 des § 20, die wirtschaftlichen und beruflichen Fragen in Ziffer 5 und 6. Der § 37 HVO. findet Anwendung bei Durchführung von Entgelttarifen.

Unter den Ziffern 1 bis 4 und 7 § 20 sind die wichtigsten Handhaben für die Fachauschüsse in den Ziffern 3 und 4 enthalten. Dieselben sind erst neu in das Hausarbeitsgesetz vom 30. Juni 1923 eingebaut worden, während die Ziffern 1, 2, 5, 6 und 7 schon in der Fassung des alten Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 zu finden waren.

Nach Ziffer 1 § 20 haben die Fachauschüsse auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter sowie von Auskunftspersonen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes zu ermitteln, dessen Angemessenheit zu begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte zu machen.

Aus dem Wortlaut der Ziffer 1 § 20 geht hervor, daß die Fachauschüsse Ermittlungen über die tatsächlichen Arbeitsverdienste der Hausarbeiter nur auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden vornehmen können. Sobald aber ein Verfahren nach Ziffer 3 anhängig gemacht wird, müssen sie auch von sich aus Erhebungen anstellen. Bei den Erhebungen kommt es vor allem auf den tatsächlich erzielten Arbeitsverdienst an. Es genügt nicht, wenn nur die üblichen Stücklöhne ermittelt werden. Bei den Ermittlungen sind die Durchschnittsleistungen des normalen Arbeitstages, Unkosten für Anschaffung von Rohstoffen, Zeitverhältnis bei Abholen und Ablieferung der Arbeit, Ausgaben für Fahrgeld usw. mit einzurechnen. Bei der Ermittlung über den tatsächlichen Arbeitsverdienst bilden die örtlichen oder bezirklichen Löhne den Maßstab. Dazu ist die Lage der Industrie zu berücksichtigen.

Nach Ziffer 2 § 20 haben die Fachauschüsse die Aufgabe, den Abschluß von Lohn- und Tarifverträgen zu fördern. In der Praxis scheitert diese Aufgabe sehr oft an dem Standpunkt der Unternehmer. Sie wollen in der Regel in der Heimarbeit tarifliche Bindung nicht eingehen. Die Fachauschüsse sind deshalb gezwungen, von den Bestimmungen der Ziffer 3 § 20 aus sich heraus oder auf Antrag einer wirtschaftlichen Vereinigung der Hausarbeiter Gebrauch zu machen.

In Anwendung der Ziffer 3 haben die Fachauschüsse, falls in ihrem Bezirk den Hausarbeitern unzulängliche Ent-

gelte gezahlt werden und eine Verständigung zur Herbeiführung zulänglicher Entgelte nicht erzielt worden ist, nach den §§ 26 bis 40 HVO. die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für die Hausarbeiter festzusetzen.

Die Ziffer 3 ist der wichtigste Teil des § 20, den die Fachauschüsse in ihrer Tätigkeit in Anwendung bringen können. Mit ihm ist den Fachauschüssen die Befugnis gegeben, Tarifverträge als allgemeinverbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für Hausarbeiter festzusetzen. Beim Tarifrecht der Betriebsarbeiter bleibt die Befugnis der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages nur der Reichsarbeitsverwaltung vorbehalten.

Vorbedingung, um die Ziffer 3 des § 20 in Anspruch nehmen zu können, ist, daß im Bezirk des Fachauschusses die Zahlung unzulänglicher Entgelte an die Hausarbeiter festgestellt und eine Verständigung zur Herbeiführung eines Tarifvertrages zwischen den Parteien gescheitert ist. Als unzulängliche Löhne für Heimarbeiter sind zu betrachten, die hinter den örtlichen oder bezirklichen Löhnen der Werkstoff- oder Fabrikarbeiter zurückbleiben.

Zur Festsetzung von Mindestentgelten bedient sich der Fachauschuß der §§ 27 bis 40 HVO. Nach § 28 hat der Fachauschuß im Verfahren auf Festsetzung von Mindestentgelten zunächst auf eine tarifliche Vereinbarung über die Entgelte hinzuwirken, und nach § 31 kann er bei Zustandekommen eines Tarifvertrages dessen Bestimmungen über die Entgelte als allgemeinverbindlich genehmigen. Diese Allgemeinverbindlichkeit kann er auch dann aussprechen, wenn der Tarifvertrag noch keine überwiegende Bedeutung erlangt hat.

An die modernen Kulturlosen. Demokratie ist nicht der freie und ungestrafte Gebrauch von Messern und Revolvern, sondern Demokratie ist Kampf der Ideen, Kampf der Geister. Otto Weis auf dem Magdeburger Parteitag 1929.

Der Fachauschuß ist also an die Voraussetzung des § 2 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dez. 1918 nicht gebunden und kann auch in Fällen die Allgemeinverbindlichkeit herbeiführen, in denen die Reichsarbeitsverwaltung hierzu nicht befugt ist. Die Reichsarbeitsverwaltung kann bekanntlich Tarifverträge erst für allgemeinverbindlich erklären, wenn dieselben „überwiegende Bedeutung erlangt haben“. Kommt ein Tarifvertrag durch freie Vereinbarung nicht zustande, dann kann der Fachauschuß Mindestentgelte nach § 32 HVO. festsetzen. Eine solche Regelung entspricht dem Verfahren nach der Fassung der Ziffer 3 des § 20 HVO.

Die Ziffer 4 des § 20 HVO. gibt den Fachauschüssen die Befugnis der Schlichtungsausschüsse, im Sinne der §§ 5 und 6 der Verordnung vom 30. Okt. 1923. Es kommen hier in der Regel Gesamtschlichtungen vor, an denen sowohl Hausarbeiter wie andere Arbeiter beteiligt sind. Wenn ein Fachauschuß nach § 20 Ziffer 4 tätig wird, so kann er, wenn die Voraussetzungen des § 20 Ziffer 3 gegeben sind, beschließen, daß das eingeleitete Verfahren als Verfahren nach §§ 26 bis 40 gilt, d. h. also, der Fachauschuß kann die Ziffer 4 des § 20 unberücksichtigt lassen und sich auf die Ziffer 3 des § 20 zurückziehen. Nach Ziffer 4 § 20 können neben Entgelten auch sonstige Arbeitsbedingungen festgesetzt werden. Nach Ziffer 3 hingegen nur Entgelte. Es steht den Fachauschüssen nach Ziffer 4 § 20 frei, neben Entgelten noch andere Arbeitsbedingungen festzusetzen. Für allgemeinverbindlich können aber von ihnen nur Entgelttarife genehmigt werden, nicht Tarifverträge über sonstige Arbeitsbedingungen. Dafür ist der Schlichter für die Verbindlichkeits- und die Reichsarbeitsverwaltung für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zuständig.

Nach Ziffer 7 § 20 haben die Fachauschüsse Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt der Hausarbeiter zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

Als Maßnahmen, wie durch Ziffer 7 zum Ausdruck gebracht, kommen in Frage: Vermittlung von Heimarbeit an arbeitslose Hausarbeiter, gemeinsame Beschaffung von Rohstoffen, Einrichtung von Fachschulen oder Fachkursen und ähnliches mehr. Rohmer sagt in seinem Kommentar zum Hausarbeitsgesetz zu Ziffer 7 unter Hinweis auf den Arbeitskammergesetzentwurf folgendes:

„Als Veranstaltungen usw. zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter erwähnt die Begründung des oben zitierten Arbeitskammergesetzentwurfs (S. 25) die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, von Rechtsauskunftsstellen, Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit und sonstigen Hilfskassen, von Arbeiterzügen, die Errichtung von Arbeiterwohnungen, die grundsätzliche Regelung der Arbeitsbedingungen, wie diejenigen der Lohnzahlungsfrage, der Akkordarbeit, der Arbeit am Sonntagnachmittag, die Gewährung von Urlaub und dergleichen.“ Diese Beispiele passen zum Teil auch für die Heimarbeit. Die gewerbliche Wohlfahrtspflege ist ein Gebiet, auf dem die Fachauschüsse eine fruchtbare Tätigkeit ausüben können.“

Vorstehend haben wir die sozialpolitische Tätigkeit der Fachauschüsse nach den Gesichtspunkten des § 20 aufgeführt. Eine weitere Abhandlung wird sich mit der Tätigkeit der Fachauschüsse über wirtschaftliche und gewerbliche Fragen in Verbindung mit sonstigen Fragen beschäftigen. S. Effein.

Der holländische Spielwarenmarkt.

In Holland besteht eine Spielwarenindustrie von geringem Umfange. Sie erstreckt sich auf einige Betriebe und etwas Heimindustrie. Hergestellt werden Holzspielwaren, die sich zum Spielen im Wasser eignen; außerdem Puppen in Nationaltrachten. Der größte Teil des Spielwarenbedarfes für Holland wird durch Einfuhr gedeckt. Seit 1924 ist die Spielwareneinfuhr regelmäßig gestiegen. Der Hauptlieferant ist Deutschland, Frankreich, Belgien, England

und Japan sind an der Einfuhr nach Holland für Spielwaren nur in geringem Umfange beteiligt. Seit 1924 hat die Entwicklung der Einfuhr folgende Formen angenommen:

Table with 3 columns: Jahr, Kilogramm, Gulden. Data for years 1924-1928.

In vorstehenden Zahlen sind die Länder Deutschland, England, Belgien, Frankreich, Japan und andere Länder in nachstehender Form beteiligt:

Table with 5 columns: Länder, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928. Data for Germany, England, Belgium, France, Japan, and other countries.

Aus vorstehender Aufstellung ist zu ersehen, daß die Einfuhr Deutschlands nach Holland sich am besten entwickelt hat. Fernerzuheben ist auch, daß die Spielwarenindustrie Belgiens ab 1927 und Japans ab 1928 erfolgreich auf dem holländischen Markt gewirkt haben. S. Effein.

Spielwarenmarkt in Spanien.

Die heimische Spielwaren-Industrie hat sich hinter hohen Zollmauern in den letzten Jahren gehalten. Sie deckt zu 75 Prozent den einheimischen Konsum. Hergestellt werden nur billige Bazarwaren. Wir finden die spanische Spielwarenindustrie in Madrid, Valencia und Barcelona. In Madrid sind 38 Fabriken festgestellt. Für Valencia und Barcelona konnten Zahlen über den Umfang der Spielwarenindustrie noch nicht ermittelt werden.

In der Einfuhr in Spielwaren beteiligen sich Deutschland, Frankreich, Japan und die USA. Es werden eingeführt Spielwaren besserer Qualität und billige Massenartikel. Die deutsche Spielwarenindustrie nimmt mit rund 70 Prozent den ersten Platz ein. In die übrigen 30 Prozent teilen sich Frankreich, Japan, USA und andere Länder. S. Effein.

Spielwarenkonsum in Kanada.

In Kanada ist Spielwarenindustrie vorhanden. Die Zahl der Firmen ist zwischen 30 und 40 angegeben. Der Standort dieser Industrie ist in den Provinzen Ontario und Quebec. In der Hauptsache werden Schaukelpferde und kleine Fahrzeuge hergestellt. Entstanden ist diese Industrie erst in der Nachkriegszeit.

Die kanadische Spielwarenindustrie ist nicht in der Lage den einheimischen Konsum zu befriedigen. Die Mehrzahl der Spielwaren wird eingeführt. In der Einfuhr beteiligen sich Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich und Japan. Deutschland kommt in der Hauptsache für die Einfuhr von Puppen und auch sonstigen Spielzeugen in Frage, die Vereinigten Staaten für Qualitätsspielzeugen, wie Kinderautos und dergl., Japan für Zelluloid- und Porzellanpielzeugen, die Tschechoslowakei für gestopfte Spielwaren, und Frankreich für Puppen aus Stoff.

In der Einfuhr nach Kanada stand Deutschland bis 1926 an zweiter Stelle. Nach der Statistik Kanadas sind in der Zeit vom 1. April 1927 bis 31. März 1928 für 659 550 Dollar Puppen und für 698 842 Dollar andere Spielzeuge aus Deutschland in Kanada eingeführt worden. In dem angegebenen Zeitpunkt ist die deutsche Spielwarenindustrie von zweiter an die erste Stelle der Einfuhrländer mit Spielwaren gerückt. S. Effein.

Der türkische Spielwarenmarkt.

Die einheimische Spielwarenindustrie, die sich in den letzten Jahren gegründet hat, steckt noch in den Kinderschuhen. Sie wird noch handwerksmäßig betrieben. Weil die Industrie weder quantitativ, noch qualitativ imstande ist, den Konsum zu befriedigen, wird dieser zu einem erheblichen Teil von der Einfuhr gedeckt. In der Einfuhr beteiligen sich Deutschland mit Spezialartikeln und Puppen, Frankreich mit Puppen, ferner Spielwaren aus Porzellan, Kunstgummi und Holz, Italien mit Puppen und Japan mit Spielwaren aller Art, insbesondere mit solchen, die exotischen Charakter tragen.

Die Erziehung der türkischen Kinder unterscheidet sich noch wesentlich von der Erziehung anderer europäischer Kinder, zum mindesten aber dort, wo es sich um Spielwaren und Spiele handelt. Am meisten verlangt werden Spielzeugen von minderer Qualität. Elektrische, mechanische und belebende Spiele werden von dem größten Teile der türkischen Familien als überflüssige Luxusgegenstände betrachtet. Der moderne Geist hat sich insbesondere bei der Erziehung der Kinder noch nicht durchgesetzt. Trotz alledem ist der türkische Markt für Absatz in billigen Spielwaren als gut zu bezeichnen. Frankreich steht in der Einfuhr an erster, Deutschland an zweiter Stelle. Frankreichs Anteil in der Einfuhr von Spielwaren in der Türkei beträgt rund 50 Prozent. S. Effein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

„Sie säen Zwietracht und suchen Bosheit.“

In der Tschechoslowakei tobt der kommunistische Bruderkampf auf gewerkschaftlichem Gebiet. Unter Aufwand von Demagogie, Verleumdung und Lüge wurde vor Jahren in der Tschechoslowakei durch die KPd. die Spaltung der Gewerkschaften betrieben (Richtung Jos. Hais) und ein sogenannter Internationaler allgewerkschaftlicher Verband gegründet. Diese Richtung ist in Moskau in Ungnade gefallen, eine neue Opposition führt den Krieg gegen die alte Opposition, d. h. es werden jetzt neue kommunistische Gewerkschaftsgruppen gegründet unter Anwendung von Demagogie, Verleumdung und Lügen. So haben die neuen es von den alten Kommunisten gelernt. Nun jammert „Der Arbeiter“, das Organ der alten kommunistischen Gewerkschaftsgruppe, über die ihnen angekanen Niederträchtigkeiten durch die neuen Moskaujünger. In der Nr. 20 vom 21. Mai 1929 schreibt dieses Gewerkschaftskommunistenblatt unter anderem:

„In der Gewerkschaftsorganisation ist besonderes Vertrauen notwendig, denn nur auf diesem baut sich die Gewerkschaftsorganisation auf. Dort, wo kein Vertrauen ist, ist auch keine Organisation, und wenn, dann nur dem Namen nach. Die Arbeiter erlöst keine Phrasen, keine theatralische Pose, wie sie jetzt von den neuen Sekretären der ultralinken Richtung gebraucht werden. . . Sie säen Zwietracht unter die Mitgliedschaft, die dadurch abbröckelt. . . Statt daß sich das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Liebe des einen zum anderen festigt, suchen sie einen künstlichen Anlaß zum Haß, zur Verdächtigung und Bosheit. Eine starke Gewerkschaftsorganisation beruht nicht auf vorgelegten Deklamationen, welche die Sekretäre aus irgendeinem Kongressprotokoll auswendig gelernt haben, und nicht auf Phrasen.“

Damit zeichnen die jetzt von Moskau Verheißten sich selbst als die Schädlinge der freien Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung. Ihre ganze Tätigkeit bestand ja gerade seit einem Jahrzehnt in dem, was sie jetzt beklagen, weil sie selbst die Leidtragenden sind. Die kommunistische Partei kann nur mit schmutzigen Waffen kämpfen, weil sie über andere nicht verfügt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Herzenseheimnisse.

Von Dr. Kurt Kasper, Berlin-Wilmersdorf.

Unter allen Organen des menschlichen Körpers nimmt das Herz eine Sonderstellung ein. In ihm vermutete man früher den Sitz des Lebens und der Seele. Kein Wunder daher, daß das Herz mit einem Sagenkreis umwoben ist. Das drückt sich aus in unserem Sprachgebrauch: So sprechen wir von „Herzsgüte“, von „Herzsfreude“ und von „Herzskummer“. Wir kennen ein weiches, hartes und gebrochenes Herz, und wenn wir etwas ganz Besonderes verbergen wollen, dann sprechen wir sogar von „Herzenseheimnissen“. Auch Wesen und Funktionen des Herzens haben für die Laien stets etwas Geheimnisvolles gehabt, bis es der Wissenschaft gelungen ist, in diese Geheimnisse hineinzuleuchten.

So ist es begreiflich, daß die Menschen sich für dieses Organ, dessen rafflose Arbeit ihr Leben, dessen Stillstand ihren Tod bedeutet, ganz besonders interessieren. Dieses Interesse gilt im allgemeinen weniger dem gesunden, als vielmehr dem kranken Herzen, zumal gerade in jüngerer Zeit eine erhebliche Zunahme der Todesfälle an Herzkrankheiten festgestellt werden konnte.

Zunächst sei vorausgeschickt, daß der Begriff Herzleiden nicht, wie es vielfach geschieht, gleichzusetzen ist mit Herzklappenfehler. Vielmehr können alle Teile des Herzens, der Herzhöhle, der Herzmuskulatur, die Herzkappen und das Nervensystem des Herzens den Sitz einer Erkrankung abgeben. Am häufigsten und praktisch wohl am wichtigsten sind indessen die Herzklappenfehler.

Der Herzfehler besteht in einer durch Auflagerung bedingten Schlußunfähigkeit oder durch Schrumpfung hervorgerufenen Verengerung der Klappen-Öffnung, die einerseits die Verbindung zwischen den sogenannten Vorhöfen und den Kammern des Herzens, resp. zwischen den Kammern und ihrer Verbindung mit der Hauptschlag- resp. Lungen- resp. blutader darstellen. Man unterscheidet bei solchen Herzklappenfehlern zwischen angeborenen Herzfehlern, die verhältnismäßig selten sind, und erworbenen Herzfehlern, die sich an vorangegangene Krankheiten anschließen. Als ursächliche Grundkrankheiten kommen vor allem Mandel-Entzündung, Gelenk-Rheumatismus, Scharlach, Grippe, Geschlechtskrankheiten und Gefäßverkalkung in erster Linie in Betracht. Tritt durch die erworbenen Krankheiten hervorgerufen eine Schlußunfähigkeit oder Verengerung an den Herzklappen auf, so besitzt das Herz in weitgehendem Maße die Fähigkeit, sich den veränderten Verhältnissen durch vermehrte Arbeitsleistung und durch Zunahme seines Volumens und seiner Größe anzupassen. Alle diese Zustände lassen sich mit dem heutigen ärztlichen Wissen feststellen, ja, seit der Entdeckung der Röntgen-Strahlen ist es sogar möglich geworden, auch das lebende Herz in seiner Tätigkeit sichtbar zu machen.

Solange das Herz genügend Reserven mobilisieren kann, um den jeweilig veränderten Verhältnissen und Ansprüchen an seine Leistungsfähigkeit entsprechen zu können, sprechen wir von einem kompensierten Herzfehler, ist das nicht mehr ausreichend der Fall, dann ist der Herzfehler dekompensiert. Eine solche Dekompensation wirkt sich natürlich auch auf den ganzen Blutkreislauf oder mehr und minder bei allen Organen und Funktionen des Körpers aus. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man bedenkt, daß die Aufgabe des Herzens darin besteht, einerseits alle Organe des Körpers mit Nahrung, d. h. mit Blut, zu versorgen und andererseits das im Körper unbrauchbar gewordene Blut den Lungen zur Reinigung und erneuten Nutzbarkeit zu überantworten. So erklären sich z. B. auch Veränderungen im Blutgefäßapparat, im Stoffwechsel, speziell im Stoffwechsel der Muskeln usw.

Die Ursachen der Dekompensation sind dabei durchaus verschieden und ihre Bekämpfung resp. Verhütung bildet einen wesentlichen Teil der Behandlung. Dabei ist es z. B. wichtig, auf die Befestigung von Eiterherden in den Mandeln, auf die sorgfältige Behandlung schlechter Zähne, auf gründliche antisyphilitische Kur, auf die Verhütung von Gelenk-Rheumatismus u. a. entscheidenden Wert zu legen. Von großem Nutzen erweisen sich der Wissenschaft hinsichtlich Temperatur und Gehalt genau nach ärztlicher Vorsicht abzustufende Kohlensäurebäder, ferner in vielen Fällen eine vorzügliche, ärztlich geleitete Massage und schließlich medikamentöse Hilfen, unter denen Digitalis-Präparate nach wie vor eine führende Rolle spielen.

Wie groß die Bedeutung aller dieser Fragen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Deutsche Gesellschaft für innere Medizin auf ihrer vor kurzem stattgefundenen Wiesbadener Tagung die Entdeckung und Behandlung der dekompensierten Herzklappenfehler zu einem ihrer Hauptverhandlungsgegenstände erwählt hatte. Während dieses Gebiet einst eine einfache Melodie war, so sagte der Referent des Kongresses, Geheimrat v. A. Romberg (München), so ist jetzt daraus eine rauschende Sinfonie geworden. Der Lieber aber man daraus erkenne, daß es der ärztlichen Wissenschaft gelungen ist, mancher Schleier von den Geheimnissen des Herzens zu lüften und daß durch die Kunst des Arztes ein Kranker auch mit einem dekompensierten Herzfehler nicht nur gerettet, sondern bei zweckmäßigen Verhältnissen sogar grau und alt werden kann.

Die Brücke im Dschungel.

Von B. Traven, dem Verfasser des „Totenschiffs“, des „Schäges der Sierra Madre“ und anderer aufsehenerregender Werke, die kürzlich bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, kam dieser Tage ein neues Buch heraus: „Die Brücke im Dschungel“.

Das neue Abenteuerbuch ist den Märiten gewidmet, den Märiten jedes Volkes, jeder Farbe, jeder Rasse, jeder Kreatur, die lebt. Es kniet vor dem Märiten in aller Welt, vor der Mutter, die ihr Kind mit wilder Zärtlichkeit liebt und die ihr Eigenes nicht hergeben kann, ohne dabei ein Stück aus ihrem eigenen Fleische mit loszureißen.

Eine kleine Pumpstation im Dschungel am Lomeli. Das Flugwasser wird viele Meilen weit zu einer anderen Station gepumpt, wo es wieder weitergepumpt wird, bis es die Eisenbahnlinie erreicht. Die Pumpe ist ein riesiges und verächtliches Ding, das aus Holz und Eisen, aus Holz und Eisen besteht und seinen Kindern ein Lieb ist. In der Nähe der Pumpe führt eine Brücke über den Fluß, die für die Wagen und Autos einer Gesellschaft gebaut worden ist, der etwa 20 Meilen entfernt liegt. Der Fluß ist tief genug, um einen Stromschnellen für immer verschwinden zu lassen, und die Brücke hat kein Geländer.

Bei einem kleinen südlichen Langvergänger in der Pumpstation fällt ein Indio in das Wasser. Nach einer knappen Stunde wird er gerettet. Ein großes Schach hat er, nur die Mutter weiß es, daß ihr Junge nie wieder kommt. Sie sucht das Meer auf, eine einzelne Mutter mit einer kleinen Katze im Armpfad. Dann helfen ihr alle bis in die späte Nacht hinein. Sie tunchen so oft, als ob ihr eigenes Kind im Fluß läge. Schließlich läßt ein wasser Indio ein kleines Boot mit einer Katze auf den Wasserpfad tragen, und siehe, das alte geheimnisvolle Wunder geschieht aufs neue: die schwimmende Katze bleibt über dem Toten. Der Indio des erkrankten Kindes sehen. Der Schrei der Mutter steigt durch die Nacht der Wälder.

Die kleine geliebte Katze wird in der nächsten Nacht aufgebracht. Alle bemühen sich, der Mutter über den Schmerz hinwegzuhelfen. Der Indio starrt sein Kind an, das eine seltsame Mischung von Kirschen und halberblichem Arabergeschlecht ist. Inzwischen ist es Tag geworden. Eine neue Angelegenheit erfährt die Mutter. Sie des grünen heile Licht macht das aufgebundene Kind zur Katze, und die Fliegen kommen nun das tote Kind. Da es Sonntag ist, kommen viele Leute von weitem, um

mit der Mutter zu weinen. Trotz ihrer unbeschreiblichen Armut sind diese Leute von einer rührenden Höflichkeit. Ihr Lakt wird von ihrem Herzen bestimmt.

In der tropischen Hitze verweist der vom Wasser aufgeweichte Leichnam mit fürchterlicher Schnelligkeit. Unter dem Geschrei der Frau wird das tote Kind in den Sarg gelegt, in eine ungehobelte Kiste, und für die letzte Abschied von ihrem Jungen gekommen. Wie der Zug mit dem Sarg über die Brücke geht, bleiben die Leute an der Unglücksstelle stehen, und die Männer nehmen die Hüte ab. Mit gierigen Augen begleiten die Oelder den Zug. Allmählich wird der Marsch ein Zurückwandern in das alltägliche Leben. Von Blumen übersät ist der Dschungel, und es lebt die Welt.

Ein „christlicher“ Friedhof. Hügel, Kränze, Kreuze liegen wirt herum. Auf manche Kreuze ist mit Kreide oder Stiff etwas geschrieben, ein Datum, vielleicht auch eine Rechnung aus der Lenda. Da ist Vornengestrüpp, Gras und Kraut. Ein Dschungel Friedhof ohne Heuchelei. Der betrunkenen Lehrer aus dem nächsten Dorfe steht am Grabe, fällt brüllend auf die Grube, wird wieder auf seine Beine gestellt, und die letzte Szene des grauenvollen Totentanzes tollt ab. Erde bedeckt den Sarg, und die Musik spielt das rechte Lied am rechten Platz: „Yes, we have no bananas“.

„Adios, mein lieber, kleiner Junge! Adios! Es leben die Maden und Würmer! Adios! So wie du wurde noch kein König begraben!“

Und noch nie, solange es Bücher gibt, wurde ein Begräbnis so beschrieben, so grauenhaft realistisch, so fürchterlich sachlich, so toll aus Entsetzen und Zärtlichkeit gemischt! Noch nie zuvor wurde mit so eindringlicher Deutlichkeit, so un sentimental und doch so erschütternd gezeigt, daß auch die Mutter eines schmutzigen Indianerjungen eine Mutter ist, ebenbürtig ihren Schwestern weißer Rasse.

Dieses Buch, bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, als Dreimärkchen erschienen, gehört zu B. Travens Meisterleistungen. Die erstaunliche Bildkraft seines Wortes erreicht hier eine fast erschreckende Höhe. Der unheimlich scharfe Beobachter und der entschlossene und vor nichts zurückweichende Gestalter Travens hat ein Werk geschaffen, das beispiellos dasteht in der gesamten Literatur unserer Zeit.

Die „bessere“ Gans.

Zur weißen Gans sprach einst vertraulich eine graue:
Laf uns spazieren geh'n nach jener grünen Aue;
Dort tun wir beide uns im jungen Grase gütlich;
Denn in Gesellschaft gackt es sich doch gar gemülich.
„Nein,“ sprach die weiße Gans, „da muß ich reffieren;
Mit meinsgleichen nur geh' ich am Tag spazieren;
Vertraulichkeit mit dir gereichte nur zur Schande;
Zwar bin ich eine Gans, doch eine Gans von Stande.“

Der Große Brockhaus, Band II.

Mit Spannung erwartet, ist nun der zweite Band des „Großen Brockhaus“ erschienen. Alles, was sich im Alphabet zwischen Muncion in Paraguay und dem polnischen Markt-Fladen Wajowa bewegt, hat hier eine Heimstätte gefunden. Und welch prächtige Heimstätte! Wieder — wie auch schon beim ersten Band — können wir darauf hinweisen, daß der „Große Brockhaus“ vortrefflich verfaßt, sich mitten in unser heutiges Leben hineinzuwerfen, unvergleichlich den Anforderungen entspricht, die wir an ein modernes Nachschlagewerk stellen: nicht nur Auskunft zu geben, sondern auch Winke und Ratsschläge für das tägliche Leben, für Beruf und Familie, für Arbeit und Mußestunden. Es ist unmöglich, auch nur annähernd ein Bild von der Vielgestaltigkeit und Unererschöpflichkeit zu geben, der wir beim Durchblättern dieser 800 Seiten begegnen. Den Kaufmann werden besonders Artikel wie „Arbeitsvertrag“ oder „Ausfuhrtechnik“ fesseln. Unter dem Stichwort „Bilanz“ findet er genaue Angaben zur Aufstellung und Beurteilung eines Vermögensnachweises. Dem Beamten werden die Befolgungstabelle oder die ausführlichen Darlegungen über Beamtenorganisationen und Beamtenrecht wertvoll sein. Ein Artikel „Betriebsrat“ unterrichtet über die neuesten Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung in Deutschland und im Ausland. Der Musikfreund findet in den Ausführungen über „Beethoven“ das Musterbeispiel einer knapp gehaltenen und doch erschöpfenden biographischen Darstellung. Das beigegebene Bildmaterial kann man sich nicht reichhaltiger denken. Wir finden Beethovens Handschrift, Scherenschnitte aus seiner Jugendzeit, zeitgenössische Bilder, ein Faktumile des Anfangs vom 3. Satz einer Klavierfonate, die Totenmaske, Bilder von Zeitgenossen, die dem Meister nahestanden, und des Geburts- und Sterbehaujes. Der Artikel „Wienenzucht“ gibt klare und praktische Anweisungen für Bienenwirtschaft. Zum Artikel „Autofraßen“ bringt eine Tafel besonders charakteristische Aufnahmen, bei denen weder die Autos noch der Würstchengring noch die Verjuchtsstraße auf dem Dach der Fiatwerke in Turin vergessen sind. Die Fälle des Stoffes ist erkennlich. Der Praktiker, der Gelehrte, der Journalist, die Hausfrau, sie alle werden ihre helle Freude an dem Band haben. Entzückend zum Beispiel ist das Einlebebildchen zum Artikel „Wiedermeier“: Die Stickerin von Friedrich Kerling, aus dem Schlosshof in Weimar. Jart und hüftig sind die Farben herausgebracht; wir können keine bessere Aufschnung bekommen von dem, was sich für uns mit dem Begriff „Wiedermeier“ verbindet! Um eine Vorstellung von der drucktechnischen Vollkommenheit des Werkes zu erhalten, betrachte man die Tafel „Bildmalerei“, die uns durch die Geschichte der Malerei von Jan von Eyck bis Liebermann und van Gogh führt. Daß die Verwendung von Aufstoppeln im Text, die hier zum ersten Male in einem großen Lexikon erfolgt, die Anschaulichkeit des Stoffes in

ungewöhnlicher Weise erhöht, haben wir bereits beim ersten Band erwähnen können.

Der letzte Alleswissler ist wohl Leibniz gewesen; zwischen ihm und uns liegen aber zweihundert Jahre angestrengtester menschlicher Arbeit. Selbst dem Gebildeten ist es heute unmöglich, jede Sache und jeden Ausdruck zu verstehen, der ihm in der Zeitung oder im Gespräch begegnet, und so braucht jeder heute ein modernes Nachschlagewerk. Dann aber ist schon der „Große Brockhaus“ in erster Linie zu empfehlen, um so mehr, als das handweise Erscheinen gerade jetzt für wenige Mark monatlich fast jedem den Erwerb möglich macht.

Der Stammvater der Gelben.

(Eine alte Geschichte von J. P. Hebel. 1816.)

Ein Schiff wurde von Mannheim den Neckar hinauf nach Heidelberg gezogen. Kommt hinterdrein mit vollem Felleisen und ein Paar heraushängender Stiefelschabe ein Handwerksbursche. „Darf ich auch mit für Geld und gute Worte? Was muß ich geben?“ — Der Schiffszweitzer, der ein gar lustiger Kumpen war, sagte: „Fünfzehn Kreuzer, wenn ihr im Schiff wollt fhen. Wollt ihr aber mit helfen ziehen, nur sechs. Das Felleisen könnt ihr mir in das Schiff werfen, es hindert euch sonst nur.“

Der Handwerksbursche fing an zu rechnen: „Fünfzehn Kreuzer — sechs Kreuzer — sechs von fünfzehn bleibt neun.“ Die neun Kreuzer, dachte er, kann ich verdienen.

Wenn's denn erlaubt ist,“ sagte er und warf das Felleisen in das Schiff. Hernach schlang er eins von den Seilen über die Achsel und half ziehen, was er nach Leibeskräften vermochte. „Wir kommen eher an Ort und Stelle,“ dachte er, „wenn ich nicht laß bin.“ In Heidelberg entrichtete er sechs Kreuzer Fährgehd — für die Erlaubnis, mit zu ziehen, und nahm sein Felleisen wieder in Empfang.

— Ihr meint, der Bursche hätte schneller und bequemer nach Heidelberg kommen können, ohne sechs Kreuzer zu opfern? Das meine ich auch. Und ihr meint, daß der Schiffszweitzer sich gefreut hat, daß er einen fleißigen Schlepper gewonnen hatte, der nicht nur keinen Lohn für die schwere Arbeit beanspruchte, sondern noch obendrein dafür bezahlte? Das scheint mir auch so.

Und ihr glaubt, daß es so dumme Kerls gar nicht gibt, die für die Arbeit, von denen andere den Nutzen haben, auch noch bezahlen? — Ich aber sage euch: Es gibt viele, die sind noch dümmer als der Handwerksbursche, noch viel dümmer! Es ist nur ein Glück, daß ihnen ihre Dummheit nicht wehe tut. Sie würden sonst fürchterlich schreien.

Julius Deuff: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.“ Erster Band: Von den Anfängen bis zur Zeit des Weltkrieges.“ Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, 470 Seiten. Gebestet 9.50 Mk., in Leinen 11 Mk. — Vor zwanzig Jahren erschien die erste Auflage der „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“. Sie war rasch vergriffen und im Buchhandel viele Jahre lang nicht zu haben. Nun hat sich der Verlag zu einer Neuherausgabe des Werkes entschlossen, das durch den Autor eine vollständige Umarbeitung und reichliche Ergänzung erfahren hat. Die „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“ umfaßt nunmehr zwei Bände. — Mit einer interessanten Beschreibung der Bundesstaaten und Knappchaftsvereine des Mittelalters beginnend, führt uns die lebendig gehaltene Darstellung in die Zeit des Vormärzes. Und nun ziehen in bunter Reihe die wechselvollen Ereignisse des 19. Jahrhunderts an uns vorbei. Schließlich läßt uns die Beschreibung der neueren Zeit, die dem Weltkrieg voranging, erkennen, daß eine Reihe von Problemen, mit denen sich die österreichische Arbeiterklasse jetzt beschäftigt, ihre Wurzel schon in den Vorgängen dieser Epoche haben. Durch die Fülle des Materials, die sorgsame Auswahl wichtiger Dokumente, nimmt es schon nach den ersten Seiten den Leser gefangen. — Bestellungen übernimmt jede Buchhandlung sowie der Verlag.

Die Theorie in der Praxis. Was ist wichtiger, Theorie oder Praxis? Diese Frage behandelt H. Frister im Maiheft der „Sozialistischen Bildung“ in seinem Artikel „Theorie und Praxis in der Arbeiterbildung“. Er stellt fest, daß gerade in den Kreisen der Funktionäre, also der Praktiker der Arbeiterbewegung, das theoretische Interesse im Anwachsen begriffen ist. Ähnliche Feststellungen macht auch August Siemen in seinem Bericht „Geschichtliche Kurze und Vorträge“. Dieser schreibt über „Wissenschaftliche Forschung und Arbeiterkampf“, E. Neumann über „Richtige und falsche Bildungspropaganda“, Engelbert Graf über „Alkohol und Arbeiterbildung“, Bruno Schönank über „Entwicklungslinien der deutschen Arbeiterbildung“ und O. Greiner über „Die bildende Kunst und ihre Bedeutung für das Proletariat“. Im Maiheft der „Sozialistischen Bildung“ „Erziehung“, der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“, schreibt Karl Buch über „Schulbau und Berechtigungen“, Anna Siemen über den „Kampf um die Einheitschule in England“, während A. Zwerg in seinem Artikel „Rationalisierung der Freiheit“ verschiedene Mängel in der freien Schulbewegung erörtert und A. Kammer die Frage behandelt „Wie kommen wir an unsere Eltern heran“. In dem Maiheft der „Bücherwarte“ werden die interessantesten literarischen und wissenschaftlichen Neuerungen besprochen. — Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1.50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfennig. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

„Aramia“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, mit den ständigen Beilagen „Sozialer Wandern“, „Der Leib“, der Liedbeigaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. In Heft 8 des laufenden Jahrgangs führt Hermann Drechsler in seinem Artikel „An Zeichen und Mooren“ in heimatliche Gebiete. Die Kunst des slavischen Ostens vom Standpunkt des historischen Materialismus untersucht Fritz Schiff. Otto Jenßen betrachtet die Beziehungen von Freund und Narr. Die Psychologie als Kriegswaffe behandelt Prof. Dr. Ernst Bloch. Die psychologische Kamtschan gibt einen Überblick über Neuentdeckungen auf diesem Gebiet. Die Soziale Wanderung führt uns diesmal in die Baumwollgebiete der Vereinigten Staaten, in denen die Lebensverhältnisse der früheren schwarzen Sklaven und ihrer einstigen Herren betrachtet werden. Sinngemäß schließen sich daran amerikanische Negertlieder. Auf die Frage: Vermännlicht der Sport die Frau? gibt das Beiblatt für Körperkultur die einzig mögliche Antwort. Probehefte und Prospekte werden kostenlos durch den Verlag in Jena zur Verfügung gestellt.